

*Basistext, erschienen in Wissenschaft & Frieden Heft 1/ 2004*

# Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen

**Beitrag Europas für eine multilaterale Weltordnung**

Mohssen Massarrat

Mohssen Massarrat ist Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück mit zahlreichen Buch- und Zeitschriften-Publikationen im den Bereichen Internationale Wirtschaft, Sozialökologische Ökonomie, Energiewirtschaft, Friedens- und Konfliktforschung, Mittlerer und Naher Osten. Sein neuestes Buch: „Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl“ erschien Anfang 2003 im Hamburger VSA-Verlag.

## **Inhalt**

Einleitung

### **Triebkräfte und Säulen des US-Hegemonialsystems**

- Innergesellschaftliche Spaltung, Militärindustrieller Komplex und Hegemonialsystem
- US-Nuklearstrategie und Hegemonialsystem
- Öl, Geostrategie und Hegemonialsystem
- Dollar und Hegemonialsystem
- Hegemonialrente
- Grenzen des Hegemonialsystems

### **Europas Beitrag für eine multilaterale Weltordnung**

Europa als Zivilmacht: Zwischenschritte für eine europäische Alternative

## Einleitung

Die Vereinigten Staaten von Amerika führten nach dem zweiten Weltkrieg beinahe ein halbes Jahrhundert unangefochten die westliche Welt. Ihre Führungsposition beruhte auf ökonomischer, politischer, militärischer und auch kultureller Hegemonie. Die Grundwerte der Aufklärung und des republikanischen Ursprungs der Vereinigten Staaten wie individuelle Freiheiten, Demokratie, Humanismus und Trennung der Religion vom Staat prägten überwiegend das politische Handeln. Die US-Ökonomie war über Jahrzehnte eine sich selbst tragende und höchst produktive kapitalistische Ökonomie. Die gesamte westliche Welt orientierte sich am *American way of life* und legitimierte in Abgrenzung vom sowjetischen Lager aus Eigeninteresse und Überzeugung alle US-dominierten multilateralen Institutionen wie die Weltbank, den IWF, die WTO und die NATO.

Blieben etliche imperialistische Interventionen der USA während der Kalten Krieg-Ära in der öffentlichen Wahrnehmung innerhalb des Westens eher im Hintergrund, so zeigte sich Amerika nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer unverhohlener von seiner hässlichen Seite. Im Irak-Krieg demonstrierte die Weltmacht ihre Entschlossenheit, die Welt mehr mit dem *American way of war* zu beeindrucken als mit dem *American way of life*. Diesen Wandel auf die neue, neokonservative US-Regierung zurück zu führen wäre verkürzt und verhängnisvoll zugleich. Das offensiv-missionarische und aggressiv-kriegslüsterne Auftreten der Neokonservativen darf nicht darüber hinweg täuschen: Die Wurzeln des neuen Amerikas lassen sich vor allem bis zum NATO-Doppelbeschluss in 1979 und eigentlich noch weiter bis zum Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zurück verfolgen.

Das neue Amerika war in den letzten Jahrzehnten immer offensiver dazu übergegangen, die multilateralen Institutionen der Weltwirtschaft in den Dienst der eigenen Volkswirtschaft zu stellen. Es missachtet immer skrupelloser das vom alten Amerika mitgeschaffene UN-System und stellt sich immer bedenkenloser über das Völkerrecht. So deutlich wie nie zuvor offenbarte sich Amerika als eine unilateralistische Hegemonialmacht, die bereit ist, ihre gigantische militärische Vormachtstellung bedenkenlos gegen den Willen der Völkergemeinschaft einzusetzen.

Das neue Amerika wird in Europa sehr unterschiedlich beurteilt. Die Wahrnehmungen bewegen sich zwischen Verharmlosung einerseits und plumpem Antiamerikanismus andererseits. Beides ist perspektivlos und blockiert den Blick auf Handlungsspielräume für eine multilaterale Weltordnung. Diese Perspektive ist jedoch zur Abwendung von schwer steuerbaren Risiken des US-Unilateralismus für die Völkergemeinschaft unausweichlich. Gleichzeitig stellt sie Multilateralisten in Europa, in den Vereinigten Staaten selbst und in der ganzen Welt vor große Herausforderungen. Im Folgenden sollen zunächst die vom neuen Amerika ausgehenden Gefahrenpotentiale und Risiken analysiert und dann nicht-militärische Handlungsspielräume als europäischer Beitrag für eine multilaterale Weltordnung ausgelotet werden.

## Triebkräfte und Säulen des US-Hegemonialsystems

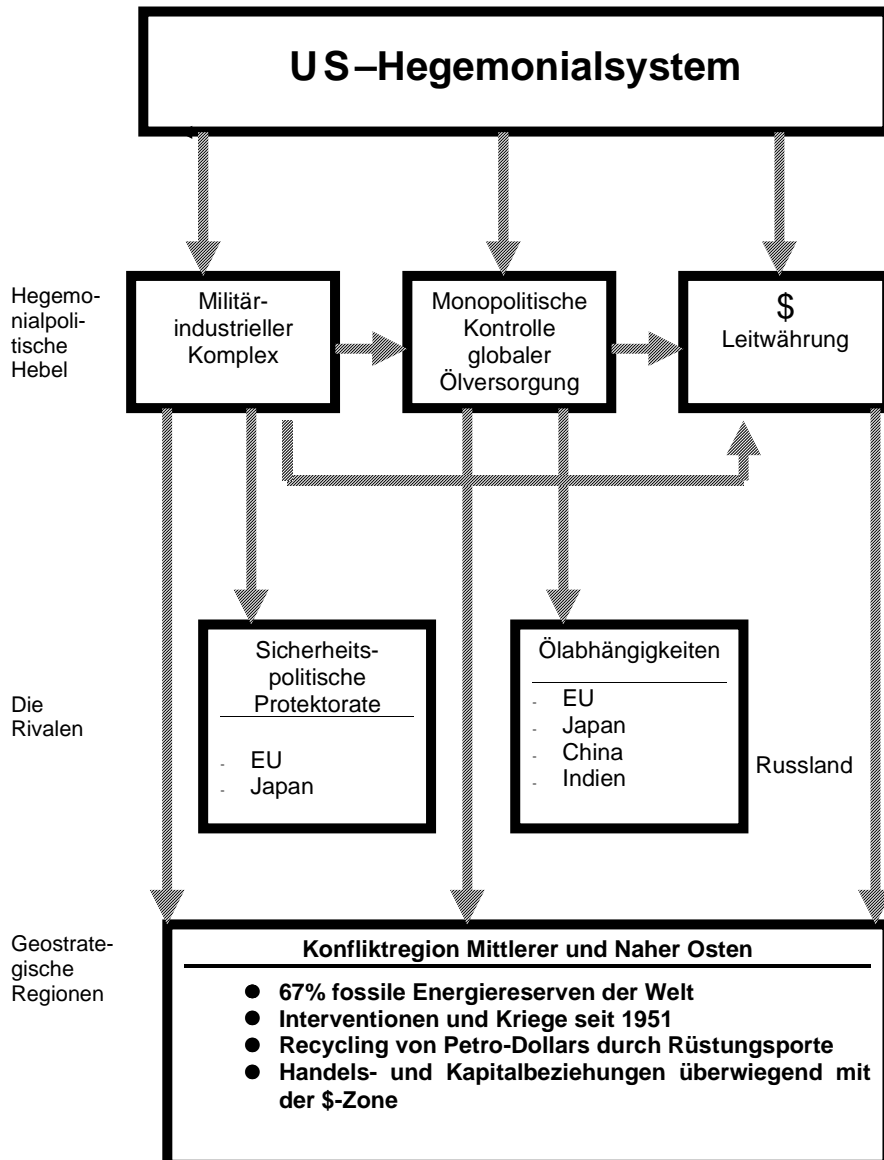
Die USA sind kein Empire, wie in letzter Zeit verschiedentlich behauptet worden ist.<sup>1</sup> Sie stellen vielmehr ein komplexes Hegemonialsystem mit drei, ihrem Wesen nach unterscheidbaren und voneinander unabhängigen, jedoch hegemonialpolitisch verschränkten Säulen dar: die innergesellschaftlich bedingten sicherheitspolitisch-militärstrategischen, die

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu Hardt, Michael/ Negri, Antonio, 2002: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York und Münkler, Herfried, 2003: Im Kampf gegen die Unordnung. Was viele Europäer nicht verstehen: Im Irak ging es für das Imperium USA selbst um die Befriedigung einer Peripherzone, in: Frankfurter Rundschau vom 28. August 2003.

geostrategischen und die währungspolitischen Triebkräfte, die in der Abb. 1 veranschaulicht und anschließend näher erläutert werden sollen.<sup>2</sup>

**Abb. 1 US-Hegemonialsystem**



## **Innengesellschaftliche Spaltung, Militärindustrieller Komplex und Hegemonialsystem**

Die US-Gesellschaft war und ist eine multikulturell, multiethnisch, sozial und räumlich zutiefst gespaltene Gesellschaft. Die nicht-europäischen Einwanderergemeinden wie die Chinesen und Latinos leben neben den Schwarz-Amerikanern immer noch in Ghettos, eine Integration der in ihrer überwältigenden Mehrheit unterprivilegierten Farbigen hat immer noch nicht stattgefunden. Der Individualismus, die kommunale Basisdemokratie und der Dezentralismus

<sup>2</sup> Eine ausführlichere Analyse der Herausbildung von geostrategischen Triebkräften der US-Außenpolitik und der geostrategisch relevanten Kriege seit Ende der siebziger Jahre vgl. Massarrat, Mohssen, 2003: Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg.

stellen zwar eine tragfähige Grundlage der kulturell-künstlerischen Vielfalt dar, die Amerika für viele in der Welt attraktiv machen, sie stehen jedoch dem auf Grund der territorialen Ausdehnung des Landes besonders ausgeprägten Zentralismus in Washington und der damit einhergehenden Entpolitisierung der Menschen bei weltpolitischen Themen gegenüber. Die positiven Auswirkungen des *American way of life* und der kulturellen Hegemonie der USA in der westlichen Welt einerseits und die äußere Bedrohung durch den sowjetischen Feind andererseits reichten jedoch offensichtlich aus, um die innergesellschaftlich-soziokulturelle und territoriale Kluft über Jahrzehnte zu verdecken und eine breite gesellschaftliche Legitimation für die innen- und außenpolitischen Projekte der USA herzustellen. Doch der *American way of life* erhält mit der Krise des fordistischen Konsummodells deutliche Kratzer, das Feindbild Kommunismus verschwand mit der Sowjetunion, der Neoliberalismus verstärkte die Ellenbogenmentalität und die kollektiven Ängste gerade angesichts des Fehlens eines angemessenen sozialen Netzes.<sup>3</sup>

Es ist durchaus kein Zufall, dass in den letzten zwei Jahrzehnten die Religion und religiöses Denken nach einer längeren Dominanzperiode radikal-liberaler Traditionen erneut in die US-Gesellschaft und -Politik Einzug gehalten hat. Nach Meinungsumfragen „bezeichnen sich 46 Prozent der US-Bürger - wie George W. Bush - als evangelikale Christen, das heißt als ‘wiedergeboren’ ...; 48 Prozent lehnen die Evolutionstheorie als Ketzerei ab, 68 Prozent glauben, sie seien schon einmal dem Teufel begegnet. ... Justizminister John Ashcroft verkündete: ‘Wir haben keinen König außer Jesus’. Und Tom de Lay, der republikanische Fraktionschef im Repräsentantenhaus glaubt sich von Gott berufen, die ‘biblische Weltanschauung’ in der amerikanischen Politik zu stärken, wonach nur das Christentum lehre, wie man ‘mit den Realitäten dieser Welt zurechtkommen’ könne.“<sup>4</sup> Noch deutlicher bekannte der Präsident selbst sich zu einer Religiosität, die im neuen Amerika eine breite Grundlage hat. Die Rede ist von George W. Bushs „Mission, ‘die der göttlichen Vorsehung folgt’, vom ‘demütigen Führer eines großen Landes’, vom ‘Bruder in Christus’ und von der Freiheit, ‘die nicht Amerikas Geschenk an die Welt ... sondern ein Gottesgeschenk an die Menschheit sei’ “. Der US-Intellektuelle Lewis Lapham, dessen Beitrag oben zitiert wurde, gelangt durch seine Analyse der gegenwärtig dominanten geistigen Haltung in den USA sorgenvoll zu dem Resümee „wie gefährlich weit sich Amerika bereits von seinem Ankergrund in der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts gelöst hat.“<sup>5</sup> Horst Eberhard Richter spricht in diesem Zusammenhang von der „moralischen Krise der Amerikaner“, die es „sehr genau zu beachten“ gilt, um „sich mehr denn je vor einem Anti-Amerikanismus zu bewahren.“<sup>6</sup>

Besorgnis erregend ist dabei, dass der übermächtige Militärindustrielle Komplex (MIK) und das Pentagon samt der ihnen nahestehenden, mit den US-Massenmedien wirkungsvoll vernetzten „Denkfabriken“, wie dem *American Enterprise Institute*, es verstanden haben, die moralische Krise der Amerikaner für die Zustimmung zu einer aggressiven Außenpolitik zu kanalisieren. Der MIK, der der US-Gesellschaft einen beträchtlichen Anteil der Ressourcen wegnimmt,<sup>7</sup> hat im Unterschied zur Autoindustrie oder Ölindustrie keine sozialen Verbündeten in der US-Gesellschaft. Vor allem nach dem Wegfall des Feindbildes Sowjetunion ist er auf neue tatsächliche oder vermeintliche Bedrohungen, auf neue Feindbilder und Konflikte angewiesen, um seinen Fortbestand innenpolitisch zu legitimieren.

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch Nielebock, Thomas, 1991: Die amerikanische Krisen- und Kriegspolitik im Lichte innenpolitischer Motive, in: Frankfurter Rundschau vom 26. Februar 1991; Krell, Gerd, 2003: Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht. Der Irak, die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen, HSFK-Report I/2003, Frankfurt/M..

<sup>4</sup> Lapham, Lewis H., 2003: Die Faust des Gerechten. Der religiöse Faktor in der US-Politik, in: Le Monde diplomatique, Juli 2003. Vgl. ferner Lazare, Daniel, 2002: Die Glaubensgemeinschaft USA und ihre Ketzer. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, in: Le Monde diplomatique, August 2002.

<sup>5</sup> Lapham 2003.

<sup>6</sup> Richter, Horst Eberhard, 2003: Stillhalten ist tödlich. Eine Lehre des Krieges gegen Irak, in: Frankfurter Rundschau vom 3. September 2003.

<sup>7</sup> Der US-Rüstungshaushalt beträgt gegenwärtig 400 Mrd. US-Dollar und ist höher als die Rüstungsausgaben im Rest der Welt.

Die innergesellschaftliche Konsensbildung jenseits der soziokulturellen Gegensätze und territorialen Divergenzen gerät so in die Abhängigkeit von neuen Bedrohungspotentialen jenseits der Vereinigten Staaten, die Suche nach neuen Feinden wird zu einem Wesensmerkmal des neuen Amerikas: „Ein halbes Jahrhundert lang standen die USA für politische und wirtschaftliche Freiheit“ schreibt Emmanuel Todd in der Einleitung seines „Nachrufes“ auf die Weltmacht USA. „Aber heute“, konstatiert Todd „erscheinen sie immer mehr als ein Faktor der internationalen Unordnung, und wo sie können, fördern sie Instabilität und Konflikte.“<sup>8</sup> Todd steht mit dieser Beurteilung nicht allein, zahlreiche Ereignisse in den letzten zwei Jahrzehnten untermauern sie.

Die US-Intervention im Iran/Irak-Krieg zu Gunsten des Iraks in den achtziger Jahren hat die Konfliktstrukturen im Mittleren Osten vertieft, das Saddam-Regime gestärkt und dessen Überfall auf Kuwait gefördert. Auch in den neunziger Jahren haben die Vereinigten Staaten beim Bosnien- und Kosovo-Konflikt auf dem Balkan die Chancen von nicht-militärischen Lösungen leichtfertig verspielt und Militärinterventionen eindeutig den Vorzug gegeben.<sup>9</sup> Besonders folgenreich ist der Umgang der USA mit dem Nahost-Konflikt. Todd spricht offen aus, was viele in Europa und anderen Weltregionen denken. Sie verstehen nicht, konstatiert Todd, „warum Amerika den Konflikt zwischen Israel und Palästina nicht regelt, obwohl es dazu in der Lage wäre. Sie fragen sich allmählich, ob es Washington ins Konzept passen könnte, dass dieser ständig schwelende Konflikt im Nahen Osten existiert und dass die arabischen Völker wachsende Feindseligkeit gegenüber der westlichen Welt bekunden.“<sup>10</sup> Die US-Nahost- und -Afghanistan-Politik hat die islamisch-fundamentalistischen Strömungen in der islamischen Welt gestärkt und dem internationalen Terrorismus den Nährboden geliefert. Völlig unverständlich ist, dass Repräsentanten des neuen Amerikas den internationalen Terrorismus in den Status einer universellen Kraft erheben, ihm den Krieg erklären und ihn dadurch institutionalisieren.

Gewollt oder ungewollt arbeiten das Pentagon und der internationale Terrorismus Hand in Hand. Hat die US-Regierung u.a. auch die Bekämpfung des Terrorismus als Grund für den Irak-Krieg angeführt, so riefen der Krieg und die US-Besatzung erst recht den Terrorismus im Irak hervor. Damit ist es Bush gelungen, den Kriegsgrund nachträglich zu präsentieren. Die Schurkenstaaten-Theorie entstand in der Ära von Präsident Clinton, die neokonservativen Republikaner ergänzten diese Konstruktion durch die Erfindung der „Achse des Bösen“. Das Regime von Saddam Hussein, das zu dieser „Achse“ gehörte, wurde inzwischen gestürzt. Unzählige Pläne gegen den Iran und Nordkorea - die anderen, zu dieser Achse gehörenden „Schurkenstaaten“ - warten auf ihre Umsetzung, so z.B. der CIA-Plan, die iranischen Nuklearanlagen durch Militärschläge anzugreifen<sup>11</sup>, und der „Plan 5030“ des US-Verteidigungsministeriums zum Zweck gezielter und riskanter Provokationen an der Süd-Nordkoreanischen Grenze.<sup>12</sup> Komplizierend und folgenreich kommt hinzu, dass der MIK und seine mächtigen Fürsprecher in Washington laut einer gut recherchierten Studie des US-Historikers Joel Beinin von der Stanford University in enger Verbindung mit den Anhängern der Idee von Großisrael zusammen arbeiten.<sup>13</sup> Dieser Studie zufolge ist das Szenario des Irak-Krieges ein gemeinsames Produkt des *American Enterprise Institutes*, in dem mächtige Fürsprecher des MIK und der Ölindustrie vertreten sind, und des *Washington Institute for*

---

<sup>8</sup> Todd, Emmanuel, 2003: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München, S. 13.

<sup>9</sup> Diese Einschätzung ist inzwischen in zahlreichen kritischen Beiträgen hinreichend belegt. Vgl. dazu u.a. Nielebock, Thomas, 1991; Lutz, Dieter S., 2001: Die Terroranschläge sind auch eine Warnung - vielleicht die letzte, in: Frankfurter Rundschau vom 22. September 2001; Birnbaum, Norman, 2001: Der Scheintod hat das politische Leben in den USA ereilt. Betrachtungen zur Lage einer Nation, in: Frankfurter Rundschau vom 3. November 2001. Und über die Kontinuität und Verbindungslinien der US-Interventionen in den letzten zwei Jahrzehnten vgl. Massarrat, 2003 (Anm. 2).

<sup>10</sup> Todd, 2003 (Anm. 8), S. 15.

<sup>11</sup> Die Los Angeles Times berichtet diesbezüglich über einen „CIA-Eventualplan“. Vgl. dazu die Neue Osnabrücker Zeitung vom 3. August 2003.

<sup>12</sup> Vgl. dazu den Bericht von Karl Grobe in der Frankfurter Rundschau vom 9. September 2003.

<sup>13</sup> Beinin, Joel, 2003: Bushs Außenhirn. Der Thinktank für Nahostpolitik, in: Le Monde diplomatique vom Juli 2003.

*Near East Policy (WINEP)*.<sup>14</sup> Hier schließen sich offenkundig die Interessen von zwei Akteursgruppen in fataler Weise konfliktverschärfend zusammen: Der MIK in den USA, der sich durch den fortwährenden Nahost-Konflikt auf Jahre unabkömmlich machen würde, einerseits, und der militante Zionismus à la Sharon, der einen lebensfähigen Palästinenserstaat strikt ablehnt, andererseits. Dabei riskieren der MIK und die US-Regierungen eine „schleichende ‘Israelisierung’ der US-amerikanischen Außenpolitik und eine ‘Palästinisierung’ des Konflikts ... im Greater Middle East“.<sup>15</sup>

## US-Nuklearstrategie und Hegemonialsystem

Während der Kalten Kriegs-Ära war der Hauptadressat des westlichen nuklearen Abschreckungssystems naturgemäß die Sowjetunion. In diesem System standen die europäischen Verbündeten der USA, aber auch Japan, unter dem nuklearen Schutzschirm der USA. Sie wurden sicherheitspolitisch damit de facto zu Protektoraten der USA (siehe Abb. 1) und akzeptierten ihrerseits bereitwillig die US-Hegemonialposition. Mit der Bereitschaft der sowjetischen Führung unter Gorbatschow zur umfassenden Abrüstung auch bei den ABC-Waffen entstand für Europa und Japan historisch die reale Chance, sich von ihrem nuklearen Protektorats-Status zu lösen und ihren außenpolitischen Handlungsspielraum im Rahmen einer multilateral ausgerichteten Weltordnung zu erweitern. Doch kam es nicht zu dieser allgemein erhofften Entwicklung. Bereits Ende der achtziger Jahre scheinen sich jene Kräfte in den USA durchgesetzt zu haben, die - ganz im Sinne einer unilateralistischen Weltordnung - das Ziel verfolgten, die im Kalten Krieg entstandenen sicherheitspolitischen Abhängigkeiten Europas und Japans auch weiterhin aufrecht zu erhalten. So wurde die begonnene Abrüstung von strategischen Trägersystemen und ABC-Waffen bereits vor dem Ende des Kalten Krieges gestoppt, die Pläne für den Aufbau von Raketenabwehrsystemen im Weltraum aktualisiert.

Die US-Politikstrategen handelten schon damals nach Imperativen, die Brzezinski in seiner "Strategie der Vorherrschaft" präzise formuliert hat, nämlich "Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeiten in Fragen der Sicherheit zu bewahren."<sup>16</sup> Brzezinski lässt durchaus auch nicht offen, welche "Abhängigkeiten in Fragen der Sicherheit" er meint: "Für Japan waren die USA der Schutzschirm ... aber eben dieser Schutzschirm schränkt Japan in seiner Handlungsfreiheit ein und hat zu der paradoxen Lage geführt, dass eine Weltmacht zugleich ein Protektorat ist. Amerika bleibt für Japan ... weiterhin ein unverzichtbarer Partner. Zugleich aber ist Amerika der Hauptgrund dafür, dass es Japan auf sicherheitspolitischem Gebiet nach wie vor an nationaler Selbständigkeit mangelt."<sup>17</sup> Dieser Sachverhalt gilt ähnlich auch für Deutschland und in abgeschwächter Form für Europa als Ganzes. Die neokonservativen Unilateralisten führten Brzezinskis strategische Ideen in ihrem Projekt *American Century* konsequent zu Ende. Präsident George W. Bush kündigte Ende 2001 endgültig Amerikas Rückzug von dem seit 1972 gültigen ABM-Vertrag<sup>18</sup> an. Das

---

<sup>14</sup> Zu den einflussreichsten Kadern dieser beiden Institute gehören u.a. Martin Indyk (US-Botschafter der Clinton-Administration in Israel); Dennis Ross (Nahost-Berater der ehemaligen Präsidenten Bush sen. und Clinton); Dick Cheney (Vize-Präsident); John Bolton (Vize-Außenminister), Richard Perle (der ideologische Vater des Irak-Krieges), Paul Wolfowitz (Vize-Verteidigungsminister). Ebenda. Beinlin zeigt in seinem Beitrag die personelle Vernetzung dieser und anderer US-Politstrategen in diversen, untereinander stark verquickten Thinktanks, wie das *American Enterprise Institute (AEI)*, das *Centre for Security Policy (CSP)*, das *Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA)*, das *Washington Institute for Near East Policy (WINEP)* und das *American Enterprise Institute (AEI)*, das Richard Perle als Operationsbasis dient. Die ideologische Linie des AEI ist nach Beinlin an Sätzen wie den folgenden erkennbar: „Die Vereinigten Staaten müssen sich alle zehn Jahre irgendein kleines beschissenes Land vornehmen und es platt machen, damit die Welt versteht, dass mit uns nicht zu spaßen ist.“ Ebenda.

<sup>15</sup> Pradetto, August, 2003: Der Irak, die USA und Europa, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2/2003, S. 174.

<sup>16</sup> Brzezinski, Zbigniew, 1997: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/M., S. 65.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 220.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Kubbig, Bernd W., 202: Jetzt haben die USA den Freifahrtschein für unbegrenzte Aufrüstung. Ein Nachruf auf den ABM-Vertrag und ein Aufruf zu ernsthafter Rüstungskontrolle, in: *Frankfurter Rundschau* vom

Pentagon entwickelte neue Militärstrategien, die den Einsatz von Atomwaffen auch gegen Nicht-Atomstaaten ausdrücklich vorsehen,<sup>19</sup> die US-Regierung weigert sich, den Vertrag über die nukleare Nichtweiterverbreitung von 1968 zu erfüllen und bewilligt Haushaltsmittel für die Entwicklung von neuartigen nuklearen Sprengköpfen<sup>20</sup>. Ob es bei der Installierung von Raketenabwehrsystemen wirklich darum geht, die eigene Verwundbarkeit gegen atomare Bedrohungen auszuschließen, bleibt dahin gestellt. Erreicht wird auf jeden Fall die Aufrechterhaltung eines diffusen nuklearen Bedrohungspotentials, das quasi als nukleares Damoklesschwert die mächtigsten ökonomischen Rivalen der USA, Japan und die EU, davon zurückhält, sich von ihrem Protektoratsstatus zu lösen und die unilateralistische US-Hegemonie, wenn auch zähneknirschend, hinzunehmen. Die atomare Sicherheitsstrategie der USA ist insofern nicht allein gegen traditionell „feindliche“ Atomkräfte wie Russland und China, sondern hegemonialpolitisch gesehen auch gegen eigene westliche Verbündete gerichtet. Im Lichte dieser Betrachtung haben die USA sich mit ihrem Nein zur Abschaffung von ABC-Waffen schon Ende der achtziger Jahre gleichzeitig auch gegen eine multilaterale Weltordnung entschieden. Bereits Clinton hat Amerikas Interessen über die Interessen multilateraler Institutionen gestellt und mit der Devise, dass „wir multilateral vorgehen, wenn wir können und unilateral, wenn wir müssen“ zum ersten Mal auch offiziell die unilateralistische Hemmschwelle der USA durchbrochen. Die Bush-Regierung vollendet den sich schleichend anbahnenden Unilateralismus, indem sie die Reihenfolge von Clintons Prioritäten umdreht: „Die USA werden unilateral vorgehen, wo sie können und multilateral, wo sie müssen.“

## **Öl, Geostrategie und Hegemonialsystem**

Es bestehen inzwischen kaum Zweifel daran, die USA haben unter dem Vorwand von Massenvernichtungswaffen im Irak Krieg geführt, wollten jedoch letztlich den Irak besetzen, um ihren Einfluss auf die mittelöstlichen Ölquellen zu erweitern. Über die Rolle des Öls im US-Hegemonialsystem gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Zuweilen wird der Irak-Krieg als ein Währungskrieg charakterisiert. Tatsächlich hat dieser Krieg für die USA auch einen währungspolitischen Hintergrund, allerdings ist es einer unter mehreren hegemonialpolitischen Hintergründen. Das Interesse der USA an einer möglichst vollständigen Kontrolle der mittelöstlichen Ölquellen ergibt sich aus mehreren, sich ergänzenden Motiven: (a) Einflussnahme auf Öl-Angebotsmengen und -Preise, (b) Installierung von Alternativen zu Saudi-Arabien und Verschärfung der Konkurrenz unter den Ölstaaten im Mittleren Osten, (c) Beibehaltung und Intensivierung bestehender Ölversorgungsabhängigkeiten der EU, Japans und anderer großer Verbraucherstaaten von der eigenen militärischen Schutzmacht und schließlich (d) Verhinderung einer weiteren Schwächung des Dollars als Leitwährung im globalen Währungswettbewerb mit dem Euro.

## **Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen**

Im Mittleren Osten kommen 65% der weltweiten Ölreserven vor, die dazu noch mit hoher natürlicher Produktivität ausgestattet sind und daher auch mit den geringsten Kosten aus der Erde herausgeholt werden können. Beide Eigenschaften machen den Mittleren Osten für die globale Energieversorgung - d.h. für die Bestimmung der Öl-Angebotsmenge einerseits, und für das Niveau der Ölpreise und der Preise aller anderen Energieträger andererseits - zu einer strategischen Region für die Weltwirtschaft (siehe Abb. 1). Wer den Mittleren Osten kontrolliert, verfügt über einen strategischen Hebel, das Eigeninteresse gegenüber allen anderen an der Weltwirtschaft beteiligten Nationen durchzusetzen und sich Vorteile zu

---

14. Juni 2002, und Nassauer, Otfried, 2003: Die Rückkehr der Atomkrieger, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Mai 2003.

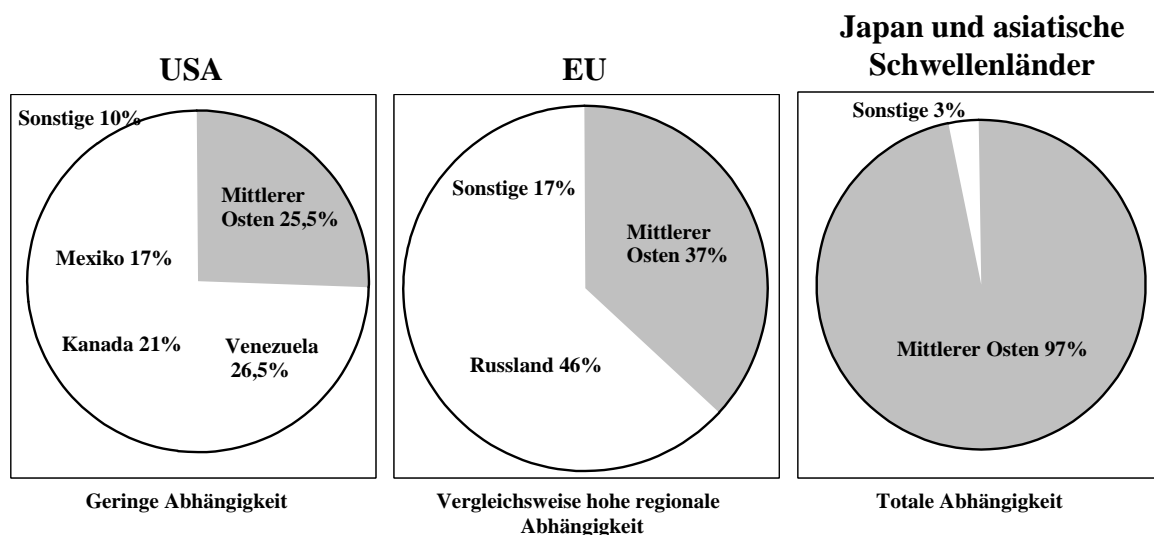
<sup>19</sup> So beispielsweise im *Nuclear Posture Review* vom Januar 2002. Ferner in: *Nationale Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen ...*, vgl. dazu Rotblat, Joseph, 2003: Es wächst die Gefahr, dass ein neues nukleares Wettrüsten beginnt, in: Frankfurter Rundschau vom 6. August 2003.

<sup>20</sup> Ebenda und Nassauer 2003 (Anm. 18).

verschaffen. Die USA können zum einen insbesondere durch niedrige Ölpreise unmittelbare ökonomische Vorteile erzielen, und zum anderen den Ölhebel gegenüber ihren ökonomischen und militärischen Rivalen hegemonialpolitisch instrumentalisieren. Die Voraussetzung für die ökonomische und hegemonialpolitische Doppelstrategie der USA ist jedoch die *Sicherstellung eines dauerhaften störungsfreien Ölangebots zu möglichst niedrigen Preisen, zu Dumpingpreisen*. In einem aktuellen energiepolitischen Strategiepapier der US-Regierung wird dieses Ziel der US-Energiepolitik klar formuliert. In diesem Papier, auf das im Folgenden des Öfteren Bezug genommen wird, heißt es u.a.: „In der unmittelbaren Zukunft jedoch wird Öl und Naturgas wahrscheinlich weiterhin eine zentrale Rolle in der Weltwirtschaft und auf den internationalen Energiemärkten spielen. Daher müssen wir mehr Öl- und Gasvorräte finden und diese Vorräte müssen verlässlich sein und zu Bedingungen verfügbar gemacht werden, die ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum erlauben.“<sup>21</sup>

Dumpingpreise kommen zustande, wenn die Anbieter - mit welchen Mitteln auch immer - zu einer dauerhaften Überproduktion veranlasst werden, die dafür sorgt, dass Weltmarktpreise für Öl stets unterhalb der Knappheitspreise bleiben. Knappheitspreise entstünden, wenn *erstens* außerökonomischer Druck zur Erhöhung der Angebotsmenge unterbliebe, *zweitens* und folgerichtig die Anbieter entsprechend ihrer kurz- und langfristigen Nutzenmaximierungsinteressen handelten und *drittens* sie demzufolge in der Lage wären, das Ölangebot *marktsouverän* der Weltnachfrage anzupassen. Die Anbieter könnten sogar durch Angebotsverknappung und die sich dann bildenden Knappheitspreise ihr Ölrenteneinkommen optimieren. Diesen Fall hat es tatsächlich auch gegeben, bisher allerdings nur zwei Mal: 1973/74, als der Ölpreis von ca. 1,5 auf ca. 10 US-Dollar/Barrel hochsprang und 1979/80 als der Ölpreis abermals sprunghaft auf ca. 45 US-Dollar/Barrel gestiegen ist. Im übrigen bewegte sich der Ölpreis nahezu über das gesamte 20. Jahrhundert stets weit unterhalb von Knappheitspreisen, eben auf Dumpingpreisniveau.<sup>22</sup> Welche sind aber die ökonomischen Vorteile und welche die hegemonialpolitischen Optionen der Strategie *Öl im Überfluss und zu Dumpingpreisen*?

**Abb. 2.1: Ölabhängigkeiten vom Mittleren Osten (2002)**



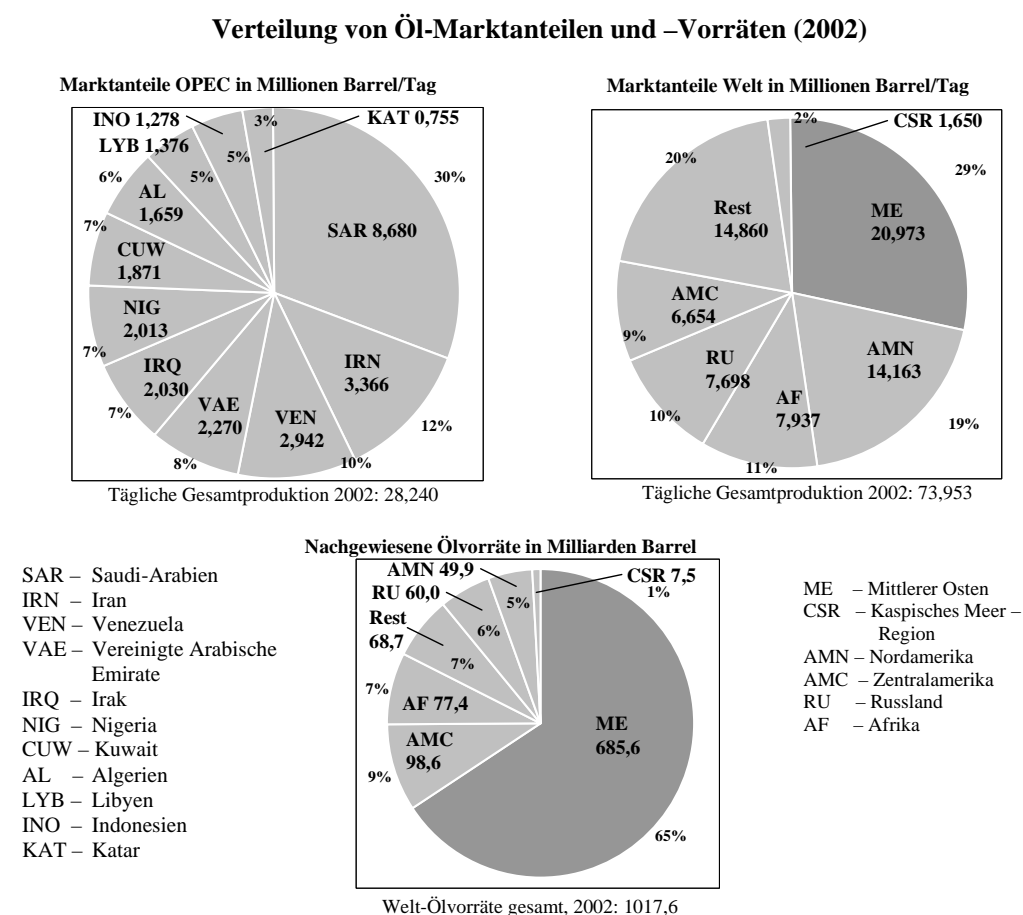
<sup>21</sup> Larson, Alan, 2003: U.S. must have access to energy on terms supporting economic growth. US Under Secretary for Economic, Business and Agricultural Affairs vom 08. April 2003.

<sup>22</sup> Quelle: Theoretischen Grundlagen und empirischer Beweisführung der Öl-Dumpingpreise und außerökonomischer Hebel wie geheimdiplomatische und militärische Interventionen seitens der jeweils aktuellen Hegemonialmacht England bzw. USA, vgl. Massarrat, Mohssen, 1980: Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, Frankfurt a.M./New York, und vor allem derselbe, 2000: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimapolitik durch Mengenregulierung und neue politische Allianzen, Marburg, insbesondere Kapitel 4, 8 und 9, sowie derselbe, 2003: Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg, Kapitel 2.



Ökonomisch sparen die USA durch Öl-Dumpingpreise beträchtliche Devisen- und Energiekosten ein, und dies unabhängig davon, woher die US-Ölimporte stammen, da der Ölpreis ein Weltmarktpreis ist. Insofern kann dieses Interesse mit dem Argument, die USA importierten lediglich ein Viertel ihres Bedarfs aus dem Mittleren Osten, weder widerlegt noch relativiert werden. Bei einer Preisdifferenz von 10 Dollar/Barrel zwischen dem Knappheitspreis und dem Dumpingpreis sparen die USA - bei einem Gesamtimport von gegenwärtig 3,6 Mrd. Barrel Öl - 38 Mrd. Dollar an Devisen und - bei einem Gesamtverbrauch aller fossilen Energien von 15 Mrd. Barrel Öläquivalent (Kohle, Öl, Erdgas) aus Eigenproduktion und Import - ca. 150 Mrd. Energiekosten ein.<sup>23</sup> Ist jedoch die Preisdifferenz zwischen dem vermuteten Knappheitspreis von ca. 50 US-Dollar/Barrel<sup>24</sup> höher und beträgt die Preisdifferenz bei dem gegenwärtigen Dumpingpreis von ca. 25 Dollar/Barrel demzufolge 25 Dollar/Barrel, so klettern die Deviseneinsparungen der USA auf 98 Mrd. Dollar und die Einsparungen an Energiekosten auf 375 Mrd. US-Dollar im Jahr. Das niedrige Energiepreinsniveau war und ist ein wichtiges Ziel aller US-Regierungen, denn es ist nicht nur ein wichtiger Standortvorteil für die US-Wirtschaft auf dem Weltmarkt, sondern auch ein wichtiger Konsum-Stimulator auf dem US-Markt. Billigöl galt und gilt immer noch als Lebenselixier des *American way of life* und als Wachstumsmotor der US-Wirtschaft. US-Präsidenten, die das ändern wollen, müssen damit rechnen, Wahlen zu verlieren, während sie sicher sein können, mit einem Ölkrieg ihre Wahlchancen zu erhöhen.

**Abb. 2.2: Verteilung von Öl-Marktanteilen und -vorräten (2002)**



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von: BP Statistical Review of World Energy, 2003, London

<sup>23</sup> Die Mengenangaben beziehen sich auf 2002. Eigene Berechnung nach BP Statistical Review of World Energy, London.

<sup>24</sup> Vgl. Massarrat 2000 (Anm. 2), Kapitel 10.

Durch Öl-Dumpingpreise profitieren nicht die USA allein, sondern alle großen Ölimportierenden Regionen und Staaten, vor allem die EU, Japan und die asiatischen Schwellenländer. Billigöl ist auch hier die Voraussetzung für hohe ökonomische Wachstumsraten und im Falle der EU die Basis für beträchtliche Staatseinnahmen durch die Mineralölsteuern. Die EU-Mineralölsteuereinnahmen waren in den neunziger Jahren teilweise höher als die Ölerenteneinnahmen aller OPEC-Staaten zusammen.<sup>25</sup> Einerseits profitieren die EU, Japan und die asiatischen Schwellenländer in beträchtlichem Umfang von den Ölimporten zu Dumpingpreisen, andererseits werden sie dadurch zum energiepolitischen Vasallen der USA, solange die USA in der Lage sind, eine Strategie *Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen* hegemonialpolitisch durchzusetzen. Und umgekehrt können sich die USA gegenüber ihren großen ökonomischen Rivalen nur dann als Garant einer billigen Ölversorgung aufspielen, solange ihnen die Hegemonialrolle zugestanden wird. Und diese Rolle haben die EU, Japan und andere Länder angesichts ihrer doch beachtlichen ökonomischen Vorteile in der Tat bedingungslos den Vereinigten Staaten zugestanden. Dieses Zugeständnis bezahlen sie allerdings mit dem Preis ihrer sicherheits- und außenpolitischen sowie energiepolitischen Abhängigkeit und Erpressbarkeit auch in der Zukunft.

## **Ölabhängigkeiten bewahren und verstärken**

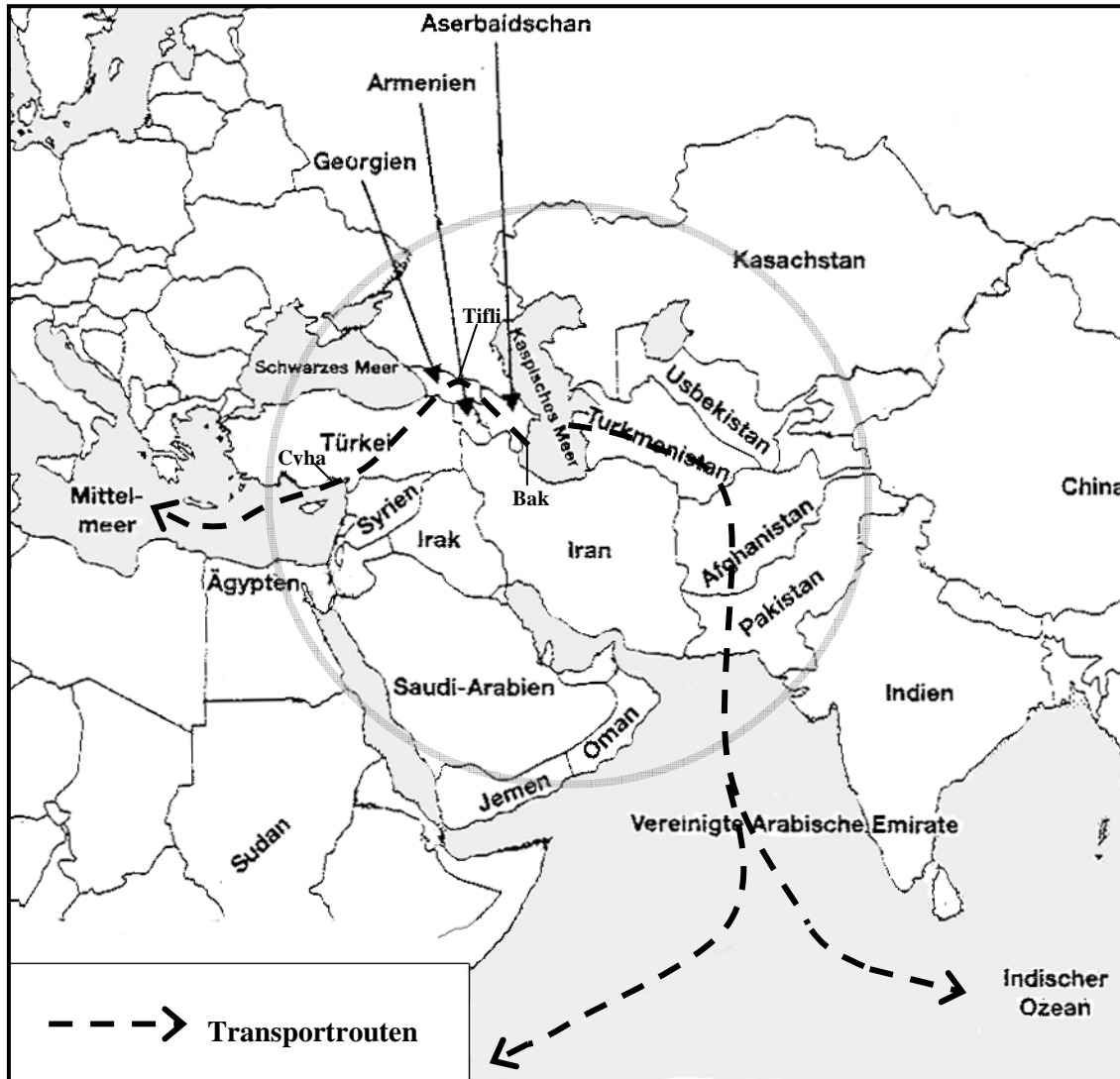
Die USA haben so gesehen ein objektives Interesse daran, ihr militärstrategisch-nuklear und energiepolitisch untermauertes Hegemonialsystem auch auf die nächsten Jahrzehnte im 21. Jahrhundert zu extrapolieren und es mit Hinblick auf die aufsteigenden neuen Weltmächte China und Indien „wetterfest“ zu machen. In energiepolitischer Hinsicht bedeutet dieses Ziel, (a) die eigene Abhängigkeit durch Diversifikation so gering wie möglich zu halten und die eigene Handlungsfreiheit durch weitere Energieimport-Optionen so umfassend wie möglich zu gestalten, (b) dagegen die Abhängigkeiten der ökonomischen Rivalen von Energieimporten aus dem unter ihrer Kontrolle stehenden Mittleren Osten so weit es geht zu intensivieren, (c) einerseits die persischen Golfstaaten gegen die zentralasiatischen Staaten (Kaspische Meer-Region), andererseits die wichtigsten Ölstaaten innerhalb der Persischen Golf-Region - insbesondere Saudi-Arabien - gegen den Irak auszuspielen und die OPEC insgesamt zu schwächen, und (d) auch Indien und China - als nukleare Mächte und mit rapide steigender Tendenz von Ölimporten abhängige Ökonomien - dem US-Hegemonialsystem unterzuordnen.

Wie in der Abb. 2 veranschaulicht, haben die USA ihre Abhängigkeit vom Mittleren Osten, der wichtigsten Ölregion, durch Diversifikation längst auf ein Minimum reduziert, während Japan und die asiatischen Schwellenländer mit 97% Importanteil nahezu ausschließlich von mittelöstlichem Öl, und damit letztlich auch hochgradig vom good will der Hegemonialmacht abhängig sind. Irgendwo dazwischen befindet sich die EU, der es bisher offensichtlich gelungen ist, die eigene Importabhängigkeit vom Mittleren Osten durch den systematischen Ausbau von Öl- und Gasimporten aus Russland in Grenzen zu halten. Ob nun die EU mit der eigenen Diversifikationsstrategie auch den Hegemonialanspruch der USA bewusst zu hintertreiben beabsichtigte oder nicht, bleibt vorerst offen. Klar ist auf jeden Fall, dass die USA getreu ihrer hegemonialpolitischen Maxime bestrebt sind, Russland als EU-Energielieferanten und wichtigsten potentiellen Partner auszumanövrieren, um eine Allianz EU/Russland als tragenden Pfeiler einer multilateralen Ordnung zu unterbinden und schließlich so die EU-Abhängigkeit von mittelöstlichen und kaspischen Öllieferungen zu erhöhen. Die gezielte Unterstützung zur Erschließung der Öl- und Gasquellen in den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Aserbaidschan und zum Ausbau des Pipeline-Systems durch Aserbaidschan, Georgien und die Türkei zum Mittelmeer, einschließlich der hektischen geheimdiplomatischen und militärischen Aktivitäten in dieser Region, muss in der Tat im Zusammenhang mit der Loslösung der EU von der

<sup>25</sup> Vgl. Massarrat, 2000 (Anm. 2), 186f.

russischen Energieabhängigkeit und der verstärkten Abhängigkeit dieser Region vom eigenen Einflussbereich der Kaspischen Meer-Region gesehen werden.

**Abb. 3 Öltransportrouten**



Erstellt am 17.2.2004 durch Mohssen Massarrat und Katharina Peschen

Der bereits in Angriff genommene Bau der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline soll die Kaspische Meer-Region mit dem türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu diesem Zweck verbinden<sup>26</sup> (s. Abb. 3). In ihrem bereits zitierten energiepolitischen Strategiepapier lässt die US-Regierung keinen Zweifel an den geopolitischen Interessen der USA an der Kontrolle der Ölquellen und der Transportrouten der Kaspischen Meer-Region:

"Das Kaspische Meer hat ein phantastisches Potential und bietet die Möglichkeit von Produktionssteigerungen von 1.6 Mio. b/d (Barrel pro Tag) in 2001 auf 5.0 Mio. b/d in 2010. Das stellt den größten Nicht-OPEC Produktionszuwachs der Welt dar. Das Öl aus dieser

<sup>26</sup> Näheres zum Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, vgl. Polak, Matthias, 2003: Wie die Geopolitik der USA abgesichert wird, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung Nr. 6/2003. Nach Polak geht es dabei um den "Betrieb einer ökonomisch unrentablen und ökologisch bedenklichen Pipeline", die einzig "den geostrategischen Plänen der amerikanischen Regierung entsprungen ist". Durch massive Intervention und Erpressung der Regierungen der beteiligten Staaten und unter Missachtung des wachsenden Widerstands zahlreicher Kommunen entlang der Pipeline-Trasse wurden dabei kostengünstige Bedingungen vertraglich zu Lasten der Umwelt und der betroffenen Bevölkerungen durchgesetzt, ebenda.

landumschlossenen Region auf die Weltmärkte zu transportieren durch die Entwicklung von verschiedensten Pipelines, war seit Mitte der 1990er Jahre die Haupt-Priorität der US-Auslandspolitik. Über die Steigerung der Energiesicherheit hinaus wird diese Politik die Souveränität und ökonomische Lebensfähigkeit von neuen Nationalstaaten in der Region stärken.<sup>27</sup> Mit der ehrenvollen Absicht "der Stärkung der Souveränität von neuen Nationalstaaten in der Region" wird in diplomatischer Sprache die gezielt forcierte Abkopplung dieser Länder von Russland umschrieben. Dies ist wiederum die Bedingung dafür, Russland als EU-Energielieferanten etwa durch günstigere Lieferbedingungen für Gas- und Ölexporte aus Staaten der Kaspischen Meer-Region hinaus zu manövrieren.

Doch damit die öl- und geostrategische Säule im Hegemonialsystem die dargestellte Bedeutung erlangen kann, muss der Hegemon den gesamten Raum *Greater Middle East* militärisch, logistisch und ökonomisch direkt oder indirekt, so umfassend und flächendeckend wie möglich beherrschen. Dazu gehören: (a) ein dichtes Netz militärischer Stützpunkte und Präsenz der US-Armee an strategisch wichtigen Standorten, (b) eine möglichst große Zahl von Verbündeten und US-abhängigen Regimen, (c) die totale Kontrolle der Versorgungsstrukturen und Transportrouten für Öl und der Gaspipeline sowie des Zugangs zu den Weltmeeren und (d) die Beteiligung einer möglichst großen Zahl von US-Konzernen im Energie- und Infrastrukturanlagen-Bereich. Im Hinblick auf diese hegemonialpolitische Geostrategie erscheint der Sturz der Taliban in Afghanistan - dies auch völlig unabhängig vom 11. September - und des Regimes von Saddam Hussein im Irak sowie die Installierung von US-freundlichen Regimen in diesen Ländern in einem neuen Licht. Beiden Ländern kommt für den räumlichen Ausbau und die zeitliche Verlängerung des US-Hegemonialsystems in die Zukunft eine Schlüsselfunktion zu: Afghanistan wegen des Pipeline-Projekts für den Transport von Erdgas und Öl vom Kaspischen Meer - um den USA-feindlich gesinnten Iran herum - zum Indischen Ozean (Abb. 3), und Irak, um Saudi-Arabien im Falle ernsthafter Krisen in diesem Land ersetzen zu können.<sup>28</sup> Ein Regimewechsel im Iran wäre aus der Hegemonialperspektive zwar wünschenswert, jedoch nicht zwingend. Die ölpolitischen Handlungsspielräume für den Iran und für die OPEC als Ganzes würden unter den neu geschaffenen Bedingungen ohnehin drastisch sinken.<sup>29</sup> Mit Irak und Afghanistan erhöhen die Vereinigten Staaten ihren Handlungsspielraum beträchtlich, um einerseits der OPEC eine ihnen genehme Ölmengen- und Ölpreis-Politik zu diktieren und andererseits ihre Kontrolle aller strategisch bedeutsamen Transportrouten - nördlich der Ölquellen über das Mittelmeer nach Europa und südlich der Ölquellen zum Indischen Ozean und zu den asiatischen Ölabnehmern - gegenüber ihren Rivalen glaubhaft vor Augen zu führen.

Vor dem Hintergrund der hegemonialpolitischen Relevanz des Öls erscheint auch die energiepolitische Schwerpunktsetzung der Bush-Regierung, die sie wenige Monate nach ihrem Arbeitsbeginn als erste wichtige Amtshandlung im sogenannten *Cheney Report*<sup>30</sup> der Öffentlichkeit präsentierte, in einem neuen Licht. Sie besteht darin, die eigenen fossilen Energieversorgungsstrukturen auszubauen und sich aus dem Kyoto-Protokoll zurückzuziehen. Denn durch Klimaschutz und Ausbau von regenerativen Energien würde für die hegemonialpolitische Instrumentalisierung der Ölabhängigkeiten anderer Staaten vollends die Grundlage entfallen. Umgekehrt stellen Ausbau und Intensivierung fossiler Versorgungsstrukturen, wie sie der *Cheney-Report* der US-Regierung eindringlich empfiehlt, die erforderlichen Rahmenbedingungen her, die es den USA ermöglichen, in den nächsten Jahrzehnten mittels Öl- und Geostrategie Hegemonialpolitik betreiben zu können. Gelingt

<sup>27</sup> Larson, 2003 (Anm. 1).

<sup>28</sup> Ausführlicher zum Afghanistan- und Irak-Krieg vgl. Massarrat 2003: Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg, Kapitel 2 und Kapitel 4.

<sup>29</sup> Wie schon aus diesen äußerst straff dargestellten Aspekten erkennbar ist, sind die Ölinteressen und Interventionsmöglichkeiten der USA vielschichtig und komplex. Übersieht man die Komplexität, so neigt man dazu, die Möglichkeiten der USA, den Ölpreis zu beeinflussen bzw. zu regulieren, in Zweifel zu ziehen. Vgl. dazu beispielsweise Hippler, Jochen, 2003: Zu viel Krieg und zu wenig Abrüstung, in: Massarrat, Mohssen/Rolf, Uwe/ Wenzel, Hans-Joachim (Hrsg.), 2003: Bilanz nach den Weltgipfeln, München.

<sup>30</sup> Cheney, Dick/Powell, Colin L./O'Neill, Paul u. a., 2001: National Energy Policy. Report of the National Energy Policy Development Group, Washington.

den Vereinigten Staaten tatsächlich die umfassende Kontrolle der Ölquellen und Transportrouten des gesamten Raumes *Greater Middle East*, so geraten auch die Atommächte und aufsteigenden Großmächte Indien und China mit ihrem gigantischen Energiebedarf aus den mittelost-zentralasiatischen Quellen unweigerlich in den Würgegriff des US-Hegemonialsystems. In dem mehrfach zitierten energiepolitischen Strategiepapier der US-Regierung vom April 2003 wird an mehreren Stellen verklausuliert, aber dennoch erkennbar, an den eigenen geostrategischen Zielen - wie oben herausgearbeitet - kein Zweifel gelassen:

"Die Golf-Produzenten werden weiterhin eine unentbehrliche Rolle auf dem Weltmarkt spielen. In der Tat werden wir sie dazu ermutigen, ausländische Investitionen zu erhöhen, um die Vorräte stetig zu steigern und ihr eigenes ökonomisches Potential zu vergrößern. Aber wie gerade die Vorgänge in Venezuela zeigen, benötigt die Welt einen höchst flexiblen und elastischen Ölmarkt, der es einigen Regionen erlaubt, Ebben und Fluten in anderen Regionen auszugleichen. Und je mehr wir nach Diversität und Wachstum der Weltölproduktion suchen, desto besser wird der Markt arbeiten können." An einer anderen Stelle des Papiers heißt es weiter: „Trotz der häufig geäußerten Bedenken wegen der 'Abhängigkeit' vom Mittleren Osten profitiert die Welt- und die US-Ökonomie klar vom Zugang zu diesen low cost-Anbietern. In der Tat ist diese Region der Hauptlieferant nicht nur der USA, sondern auch unserer wichtigsten ökonomischen Partner, vor allem in Asien. Ohne die im Überfluss vorhandenen low cost-Golf-Vorräte müssten wir knappe ökonomische Ressourcen einsetzen, um die Energie, die wir brauchen, zu höheren Kosten der Weltwirtschaft und unseren Bürgern sicherzustellen."<sup>31</sup>

Nicht nur wir, die USA, heißt es im Klartext, sondern vor allem unsere "ökonomischen Partner", sprich "Rivalen", sind von *low-cost-Ölvorräten* des Mittleren Ostens abhängig. Das ist gut und sollte auch so bleiben. Alle Welt profitiert vom Ölreichtum des Mittleren Ostens, solange der Vorrat reicht, und wir, die USA werden unsere Rivalen in Schach halten, indem wir unsere starke Hand auf diese Vorräte halten.

## **Anhebung der Ölpreise als Motiv des Irak-Krieges?**

Folgt man der obigen Analyse, so stellt die Aufrechterhaltung der Öldumpingpreise durch umfassende Kontrolle einer Region mit den weltgrößten und ergiebigsten (low-cost-) Öl- und Gasreserven den energiestrategischen Schlüssel des US-Hegemonialsystems dar, um die komplizierten Abhängigkeits- und Erpressungsmechanismen, die die Hegemonialmacht gegen die militärischen und ökonomischen Rivalen benötigt, aufrecht zu erhalten bzw. zu festigen. Diese hegemonialpolitische Beherrschung der globalen Ölversorgung ist nur dadurch möglich, dass die Hegemonialmacht den Öllieferstaaten die ihr genehme Ölpolitik diktiert, sie notfalls durch Geheimdiplomatie und Aufstachelung innerer Unruhen - wie im Iran 1951-1953 bzw. jetzt in Venezuela - auf die Linie bringt oder, wenn das alles nicht hilft, die Regime wie in Afghanistan und Irak durch militärische Intervention austauscht. Vorwände dafür können immer gefunden werden. *Das Ziel, die mittelöstlichen (low cost-) Ölquellen im Überfluss und zu niedrigen Preisen sprudeln zu lassen, bildet den Dreh- und Angelpunkt der US-Geostrategie.* Nur niedrige Ölpreise und störungsfreie Lieferungen lenken die Begierde der Energie hungrigen Staaten auf den Mittleren Osten, und damit auch ihre Bereitschaft, sich im Gegenzug in die hegemoniale Abhängigkeit der USA zu begeben. Und gerade dieses geostrategische Ziel erfordert das hegemoniale Gewaltssystem einschließlich der kriegerischen Interventionen im Mittleren Osten, das sich zum einen gegen die kurz- und langfristigen, objektiven Interessen der Ölstaaten richtet und zum anderen dazu dient, Marktgesetze auszuhebeln.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse macht die These, die Anhebung der Ölpreise sei das entscheidende Motiv des Irak-Krieges gewesen, wie sie Elmar Altvater bisher in mehreren

---

<sup>31</sup> Larson, 2003 (Anm. 1).

Beiträgen formuliert hat<sup>32</sup>, keinen Sinn, erst recht nicht um - wie Altvater meint - dadurch die Position des Dollars als Reservewährung zu stärken.

Das Ziel steigender Ölpreise bedarf keiner politischen oder militärischen Intervention. Ganz im Gegenteil würde dieses Ziel am effizientesten dadurch erreicht werden, dass sich die Vereinigten Staaten politisch wie militärisch aus dem Raum *Greater Middle East* zurückziehen. Marktkräfte ohne politische Intervention würden - angesichts objektiver Knappheit der Ölvorräte - zu steigenden (Knappheits-)Preisen führen. Durch steigende Ölpreise erhielten regenerative Energien einen kräftigen Schub, Amerikas Rivalen könnten sich so endlich von der energiepolitischen Abhängigkeit lösen und ihren Handlungsspielraum zu eigenständiger Außenpolitik drastisch erweitern. Dadurch würde dem US-Unilateralismus eine wichtige Grundlage entzogen werden und die Voraussetzungen für eine multilaterale Weltordnung würden sich deutlich verbessern. Schließlich würden die USA alle ihre seit 50 Jahren mit großem Aufwand im Mittleren Osten installierten hegemonialpolitischen Trümpfe gegen ihre Rivalen verschiedenster Couleur aus der Hand geben und ihr Hegemonialsystem selbst aushebeln. Obendrein würde das Wachstum der Weltwirtschaft durch steigende Ölpreise gebremst und nicht nur den US-Rivalen, sondern auch der eigenen Ökonomie großer Schaden zugefügt. Hauptgewinner einer Ölpreissteigerung wären unmittelbar die OPEC-Staaten, die ihre Öleinnahmen steigern könnten. Hohe Ölpreise würden unweigerlich den Marktanteil des Öls an der globalen Energieversorgung - wie bereits nach dem letzten Ölpreissprung 1980 geschehen - zu Gunsten anderer Energieträger (z.B. Kohle und inzwischen auch der regenerativen Energien) drastisch senken, und damit auch den einzigen Vorteil für die Stärkung des Dollars als Ölhandelswährung - wie Altvater hervorhebt - wieder zunichte machen.

So gesehen besteht für eine Ölpreissteigerung seitens der USA kein einziges ernsthaftes Motiv, das überzeugen könnte. Im Übrigen verfügen die USA trotz der Besetzung des Iraks und des wachsenden Einflusses auf die großen Ölstaaten auch nicht über ein praktikables Instrument, um die Ölpreise gegen den Willen der übrigen OPEC- und Nicht-OPEC-Staaten dauerhaft anzuheben. Dagegen haben sie jedoch sehr wohl die Möglichkeit, die Ölstaaten zur Überproduktion und Preissenkung zu treiben. Insofern ist abzusehen, dass die USA die Region mit den größten Ölreserven und kostspieligsten Konflikten und Kriegen in den letzten Dekaden niemals freiwillig räumen werden, um weiterhin ihr Konzept *Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen* entgegen der Marktgesetze auch in Zukunft durchsetzen zu können. Das durchaus begründete Motiv der Stärkung des Dollars als Reservewährung im globalen Wettkampf mit dem Euro, auf das Altvater seine Argumentation stützt, setzt keineswegs zwangsläufig steigende Ölpreise voraus. Dieses Ziel, das nicht einmal das wichtigste hegemonialpolitische Ziel der USA ist, lässt sich - wie unten dargestellt wird - auch anders verwirklichen. Die Reduktion des Irak-Krieges auf den *Währungskrieg* ist insofern auch politisch nicht unproblematisch, als dadurch der Blick auf andere gewichtige, hegemonialpolitisch bedingte Konflikt- und Abhängigkeitsstrukturen blockiert wird. Diese hervortreten zu lassen ist jedoch für den Aufbau von diversen antihegemonialen - z.B. eurasischen - Allianzen und für die Entwicklung von Zwischenschritten hin zu einer multilateralen Weltordnung unverzichtbar. Bis zur vollständigen Umstellung der europäischen Energieversorgung auf Solarenergie, die Altvater - und übrigens auch mir - als Alternative für Europa vorschwebt, ist es noch ein langer Weg.<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. dazu Altvater, Elmar, 2003: Die Währung des schwarzen Goldes. Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt; sowie Massarrat, Mohssen, 2003a: Anmerkungen zu Elmar Altvaters Beitrag. Beide Beiträge in: attac (Hrsg.), 2003: Kritik der Globalisierungskrieger. Arbeitspapier Nr. 1 aus dem Wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland. Des Weiteren vgl.: Altvater, Elmar, 2003: Vor einem neuen Währungskrieg? In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 7-8/2003.

<sup>33</sup> Näheres dazu siehe „Europas Beitrag für eine multilaterale Weltordnung“, in: Massarrat, Mohssen, 2004: Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2004.

## Dollar und Hegemonialsystem

Als Leitwährungsland verfügen die USA über die Option, die inländischen Investitionen über Auslandsverschuldung zu finanzieren und diese über den Hebel der Notenpresse zu bedienen. Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems entschieden sich die US-Regierungen verstärkt für den bequemen Weg eines durch den Rest der Welt mitfinanzierten Wachstumsmodells. Charles A. Kupchan, der Berater von Präsident Clinton, bringt das Wundermodell auf den Punkt: "Das Land muss seinen Way of life finanzieren, sein Handelsbilanzdefizit ausgleichen, es liebt den Konsum und hasst es zu sparen. Deshalb haben sich Investoren Amerika als Investitionsort ausgesucht, sie lieben den Dollar und seine Stabilität."<sup>34</sup> "Hass auf Sparen und Lust auf Konsum", somit ein Leben über die eigenen Verhältnisse und auf Kosten aller anderen Nationen. Diesen Luxus können sich dank des Dollars als Leitwährung nur die Vereinigten Staaten leisten. Die Netto-Auslandsverschuldung der USA stieg als Folge der fremdfinanzierten Investitionspolitik von 250 Mrd. in 1982 auf 2.000 Mrd. US-Dollar in 2000, dies macht 22,6% des US-Bruttoinlandsproduktes aus.<sup>35</sup> Dieser bequeme Weg der Wohlstandsvermehrung ist allerdings nur so lange möglich, wie der Dollar seine Leitwährungsfunktion beibehält. Verliert jedoch der Dollar diesen Status an den Euro, so könnte das "Staaten und Privatanleger veranlassen", konstatiert Kupchan, "bei Rücklagen und Investitionen dem Euro den Vorzug vor dem Dollar einzuräumen. ... Das hätte schwerwiegende Folgen für das Land, das extrem abhängig von ausländischem Kapital ist."<sup>36</sup> Anstatt dieser Perspektive durch umfassende sozial-ökologische Reformen vorzubeugen, zieht es die politische Führung der USA vor, die Leitwährungsfunktion des Dollars und den privilegierten Status der asymmetrischen Handels- und Kapitalflüsse trotz offensichtlicher Risiken hegemonialpolitisch aufrecht zu erhalten.

Dem Erdöl kommt in diesem Zusammenhang in zweifacher Hinsicht eine Schlüsselrolle zu: zum einen, weil der Ölmarkt der größte Einzelprodukt-Markt ist und der weltweite Ölhandel auf Dollar-Basis daher einen wichtigen Stabilitätsfaktor der US-Währung darstellt: Zum anderen, weil die größten Ölexporteure Saudi-Arabien, Kuwait und Arabische Emirate bisher ihre Devisenüberschüsse in erster Linie in den USA investierten. Bis 1990 investierten diese Staaten rund eine Billion Dollar in den USA.<sup>37</sup> Das saudi-arabische Vermögen in den USA beträgt gegenwärtig ca. 400 Mrd. Dollar. Saudi-Arabien steht unter massivem Druck, nicht nur sein Öl weiterhin in US-Dollar abzuwickeln, sondern auch das eigene Kapitalvermögen - selbst wenn die Eurozone sich als die attraktivere Anlageregion erweist - nicht aus den USA abzuziehen.<sup>38</sup> So gesehen werden Öl und Geostrategie auch währungspolitisch zu einem hegemonialpolitischen Faktor, Ölkriege werden gleichzeitig auch Währungskriege. Dies gilt auf besondere Weise gerade auch für den Irak-Krieg. Der Irak hatte schon Ende 2000 damit begonnen, die tägliche Ölförderung von 2,4 Mio. Barrel in Euro abzuwickeln. Auch der "Schurkenstaat" Iran verkauft sein Öl zum Großteil in Euro, damit drängt sich der Euro zum ersten Mal in eine klassische Dollar-Domäne.<sup>39</sup> Wie die Rüstungseskalationen der siebziger Jahre und die Kriege in den achtziger und neunziger Jahren im Mittleren Osten ist auch der Irak-Krieg ein Petro-Dollar-Recyclingkrieg.<sup>40</sup> Als Besatzungs- und Hegemonialmacht mitten in der Persischen Golf-Region hoffen die USA, den für die eigene Volkswirtschaft lukrativen

<sup>34</sup> Kupchan, Charles A., 2003: "Die USA brauchen Europa". Konturen einer künftigen Partnerschaft, Interview, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/2003, S. 686.

<sup>35</sup> Le Monde diplomatique (Hrsg.), 2003: Atlas der Globalisierung, Berlin, S. 98.

<sup>36</sup> Kupchan, 2003 (Anm. 13), S. 686.

<sup>37</sup> Vgl. dazu auch Abdolvand, Behrooz/Adolf, Mathias, 2003: Verteidigung des Dollars mit anderen Mitteln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2003, S. 181 f.

<sup>38</sup> Und da ein Abzug saudi-arabischen Kapitals vom Dollar eine Lawine in Richtung Euro bzw. Yen auslösen dürfte, steht Saudi-Arabien schon jetzt in den US-Medien prophylaktisch unter Generalverdacht, in den Terroranschlag vom 11. September verwickelt gewesen zu sein. Saudi-arabischen Anlegern wird durch das Damoklesschwert des Terrorismusverdachts und der Möglichkeit der Konfiszierung ihrer Vermögen die Lust auf einen Währungswechsel wirkungsvoll ausgetrieben.

<sup>39</sup> Abdolvand, Behrooz/ Adolf, Mathias, 2003 (Anm. 16), S. 182.

<sup>40</sup> Näheres über diesen Aspekt vgl. Massarrat, 2003 (Anm. 7), S. 167ff.

Kreislauf von Rüstungsgüter gegen Petro-Dollars nicht nur für die Zukunft am Leben zu erhalten, sondern zusätzlich auch die Position des Dollars in der Region durch umfangreiche Wiederaufbau-Aufträge an die US-Konzerne zu stärken. Der Irak-Krieg und das Beharren der USA, trotz aller Rückschläge den Irak besetzt zu halten und im Mittleren Osten direkt präsent zu sein, hätte auch dann einen währungspolitischen Hintergrund, wenn dadurch das Abbröckeln der Dollar-Front im OPEC-Raum nur gebremst werden sollte.

## Hegemonialrente

Im Irak-Krieg, dem vorläufigen Höhepunkt von Amerikas Hegemonialpolitik und dessen Strategie der Vorherrschaft, kamen wie in keinem anderen Krieg der USA in den letzten Jahrzehnten nahezu alle entscheidenden hegemonialpolitischen Triebkräfte, wie sie oben analysiert wurden, zum Tragen. „Mit der Besetzung des Irak und dem Sich-Absetzen von internationalen Institutionen erscheint die amerikanische Hegemonie jetzt eher als eine räuberische“, konstatiert der bereits oben zitierte Clinton-Berater, Charles A. Kupchan.<sup>41</sup> Der Irak-Krieg war nicht - wie überwiegend reduktionistisch und verharmlosend angenommen wurde, nur ein Ölkrieg, er war gleichzeitig ein innenpolitischer, ein rüstungs- und militärstrategischer, öl- und geostrategischer und ein währungspolitischer Krieg. Er ist die letzte US-Intervention in einer Kette von unzähligen geheimdiplomatischen, politischen und militärischen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten im letzten halben Jahrhundert, die 1953 mit dem Sturz des demokratisch gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh mit Hilfe des CIA ihren Anfang nahm.<sup>42</sup> Unter der US-Hegemonie leidet letztendlich die gesamte Menschheit. Der Nahe und Mittlere Osten nimmt wegen seiner geostrategischen Katalysatorfunktion im US-dominierten Hegemonialsystem jedoch einen besonderen Stellenwert ein.

Lange vor dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums war es absehbar: die Welt bewegte sich unaufhaltsam auf eine multipolare Zukunft zu. Neue ökonomische Riesen, wie die EU, Japan und China, kündigten sich als eigenständige und ökonomische und politische Zentren an. Auf diese Entwicklung reagierte das neue Amerika trotzig, rückwärtsgewandt und narzistisch. Die Repräsentanten Amerikas fürchten den endgültigen Verlust der historisch einmaligen Position mit der magnetischen Anziehungskraft für Menschen und für das Kapital auf dem gesamten Globus. Anstatt sich durch umfassende Reformen und einen sozialen, ökonomischen und ökologischen Strukturwandel der multipolaren Entwicklung anzupassen, hoffen sie darauf, den erlangten Status auf Grund des unerreichbaren militärischen Vorsprungs auch in Zukunft halten und gegebenenfalls sogar ausbauen zu können. Der gesamte Globus wird in militärische "Schutz"zonen aufgeteilt,<sup>43</sup> die von den USA dominierten multilateralen Institutionen der Weltwirtschaft wie IWF, Weltbank und WTO werden immer offensiver in den Dienst der globalen Umverteilung zu Gunsten der eigenen Volkswirtschaft gestellt. Der Neoliberalismus, der in den USA die eifrigsten Verfechter hat, liefert mit seinen Postulaten Liberalisierung, Privatisierung und Wachstum durch Verbilligung der Arbeits- und Naturressourcen die ideologische Rechtfertigung der globalen Reichtumsumverteilung. Die militärischen Kosten der amerikanischen Hegemonialordnung - mögen sie auch mehrere hundert Milliarden Dollar im Jahr betragen - dürften nur einen Bruchteil der Gewinne ausmachen, die Amerika dank seiner Hegemonialordnung gewissermaßen als *Hegemonialrente* aus der Weltwirtschaft abschöpft.

---

<sup>41</sup> Kupchan, 2003; S. 681.

<sup>42</sup> Vgl. dazu den aufschlussreichen Beitrag des Historikers Jürgen Martuschka "So werden wir den Irren los". Wie der amerikanische Geheimdienst CIA vor 50 Jahren den iranischen Premierminister Mohammed Mossadegh stürzte und das Schah-Regime installierte, in: Die Zeit vom 14. August 2003; vgl. ferner auch Massarrat, 2003 (Anm. 2), S. 37 ff.

<sup>43</sup> Vgl. dazu Nassauer, Otfried, 2002: Eine neue militärische Aufteilung der Welt. Die künftige Kommandostruktur der USA für eine globale Ordnung und eine zurecht gestützte Nato, in: Frankfurter Rundschau vom 15. Juli 2002.



Die Hegemonialrente hat historisch ihre Vorläufer in den *orientalischen Despotien*. Glanz und Glorie der mächtigen Königreiche im alten Orient beruhten auf einem System zentralistisch organisierter Rentenabschöpfung aus agrarischen Gemeinden, von Nomadenstämmen aus den Satrapien und den in Abhängigkeit geratenen Vasallenstaaten. Die orientalischen Herrscher erbrachten für die Renten, die sie abschöpften, immerhin Gegenleistungen in Form von funktionierenden Bewässerungssystemen, Ausbau von Verbindungswegen und Schutz gegen Übergriffe feindlicher Mächte.<sup>44</sup> Dagegen schöpfen die USA dank ihrer uneinholbaren militärischen Überlegenheit, ihres ausgeklügelten Hegemonialsystems und der Beherrschung maßgeblicher Institutionen und Regime der Weltwirtschaft, wie Weltbank, IWF und WTO, Jahr für Jahr - und in beträchtlichem und immer größer werdenden Umfang - Hegemonialrenten aus der Weltwirtschaft ab, und zwar vor allem zu Lasten der Länder der Dritten Welt, ohne dafür auch nur im Geringsten irgendwelche Gegenleistungen zur Verfügung zu stellen.

Die Hegemonialrente, die die Vereinigten Staaten jährlich abschöpfen, bewegt sich nach einer groben Schätzung zwischen 500 und 1000 Mrd. US-Dollar, damit also um 5-10% des US-Bruttosozialprodukts bzw. 1,5-3% des Weltsozialprodukts. Diese Hegemonialrente setzt sich zusammen aus: (a) dem Einkommenstransfer durch das globale System von Dumpingpreisen für fossile Energien, für alle monostrukturellen Agrarimporte aus der Dritten Welt sowie den Dumpingpreisen für alle Importgüter, die unterhalb des internationalen Sozial- und Umweltstandards erzeugt werden, (b) dem über den Leitährungsmechanismus forcierten strukturellen Kapitalbilanz-Überschuss bzw. der Kapitalflucht aus der Dritten Welt und (c) dem umfangreichen Brain Drain.

## Grenzen des Hegemonialsystems

Der inneramerikanische Wandel weg von den liberalen und traditionell konservativen hin zu "nationalistisch-unilateralistischen und fundamentalistisch-konservativen Gruppierungen"<sup>45</sup> zwischen und innerhalb der beiden, die US-Elite tragenden Parteien spiegelt die Prioritätsverschiebungen zu Gunsten des kurzfristig billigen, gleichwohl jedoch äußerst risikoreichen militaristisch-unilateralistisch hegemonialen Weges wider. Im Irak, dem Land, in dem der politische Erfolg des neuen Amerikas vorexerziert werden sollte, zeigen sich die Grenzen eben dieses neuen Amerikas. Die Iraker weigern sich - trotz ihrer bitteren Erfahrungen mit dem alten Regime - die militärische Besetzung Iraks als Befreiung zu legitimieren. Laut der ersten wissenschaftlichen Umfrage, die im Auftrag des konservativen US-Magazins *American Enterprise* in der ersten August-Hälfte im Irak durchgeführt wurde, wird die US-Besetzung von der irakischen Bevölkerung klar abgelehnt. „Selbst auf die suggestive Frage, ob die USA und Großbritannien die Installierung einer 'gerechten' Regierung sicher stellen sollten, antworteten sechs von zehn Irakern klar mit Nein.“<sup>46</sup> Die Behauptung der ehemaligen Clinton-Berater *Ronald Asmus* und *Kenneth Pollak*, die USA wollten mit dem Sturz von Saddam Hussein die Demokratisierung im *Greater Middle East* einleiten<sup>47</sup>, hat sich - wie vorauszusehen war - als reine Propaganda erwiesen.<sup>48</sup> Transatlantische Mitstreiter von *Asmus* und *Pollak*, in Deutschland vor allem *Herfried Münkler*, halten wider besseres Wissen an der Legende des neuen transatlantischen Projekts fest. Münkler hält die imperialistische Besetzung Iraks immer noch für den „Kampf gegen die Unordnung“ und führt die europäische Kritik an dieser Politik der USA auf „ein ordnungspolitisches Missverständnis“ zurück.<sup>49</sup>

<sup>44</sup> Ausführlicher dazu vgl. Massarrat, Mohssen, 1976: Hauptentwicklungsstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft, Lollar.

<sup>45</sup> Vgl. dazu Krell, Gert, 2003.

<sup>46</sup> Frankfurter Rundschau vom 13. September 2003.

<sup>47</sup> Asmus, Ronald D./ Pollack, Kenneth M., 2002: Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/02.

<sup>48</sup> Vgl. Massarrat 2003 (Anm. 2), vor allem Kapitel 2.

<sup>49</sup> Münkler, Herfried, 2003: Im Kampf gegen die Unordnung. Was viele Europäer nicht verstehen: Im Irak ging es für das Imperium USA selbst um die Befriedung einer Peripheriezone, in: Frankfurter Rundschau vom 28. August 2003.

Heute gibt es kaum Zweifel darüber, dass die US-Regierung den Irak-Krieg offensichtlich mit falschen Behauptungen begründet hat. Irakische Massenvernichtungswaffen - Hauptgrund für den Krieg - wurden bis heute nicht gefunden. Außenminister Powell distanzierte sich ein Jahr danach von seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat, in der er offensichtlich von falschen Fakten ausging!<sup>50</sup> Der zurückgetretene US-Finanzminister O'Neill enthüllte gar in seinem Buch *The Price of Loyalty*, Präsident Bush hätte sich bereits lange vor dem 11. September 2001 für den Irak-Krieg entschieden. Nach dieser eigentlich längst bekannten, für die Regierung jedoch peinlichen Enthüllung entschuldigte sich Bush seinerseits mit dem - ebenfalls bekannten - Eingeständnis, er hätte die Irak-Politik Clintons nur übernommen.<sup>51</sup> Dieses m. E. der Wahrheit naheliegende Eingeständnis Bushs sollte die Europäer davor warnen, ihre Hoffnung auf eine multilaterale Politik nun auf den Wahlsieg der Demokraten zu setzen.

Die US-Regierung hat sich - ein Jahr nach dem Kriegsbeginn - selbst delegitimiert. Damit werden gleichzeitig auch die Grenzen des Hegemonialsystems sichtbar. Es sind längst nicht nur Europäer wie Emmanuel Todd, die für die Weltmacht USA einen Nachruf verfasst haben. Immer mehr Amerikaner aus Politik und Wissenschaft melden sich kritisch zu Wort und plädieren für eine Abkehr vom eingeschlagenen Weg.<sup>52</sup> Ob Soros Charakterisierung der *Vorherrschaft der USA* als eine *Seifenblase*<sup>53</sup> zutreffend ist, bleibt dahingestellt. Das Desaster im Irak bietet auf jeden Fall eine große Chance, den Aufbau einer anderen, humaneren Weltordnung einzuleiten.

## Europas Beitrag für eine multilaterale Weltordnung

Diese Weltordnung kann allerdings nicht gegen die USA durchgesetzt werden. Die USA sind und bleiben auch absehbar ökonomisch und erst recht militärisch mächtig genug, ihren Unilateralismus mit Hilfe einer Allianz der Willigen quer über den Globus für Jahre in der bisherigen bzw. in abgeschwächter Form fortzusetzen. Letztlich entsteht für eine multilaterale Ordnung eine reale Chance, wenn in den Vereinigten Staaten selbst die politische Legitimation des Unilateralismus abzubreckeln beginnt. Die Gegensätze zwischen US-Unilateralisten und Multilateralisten sind ohnehin größer und die Positionen vielfältiger als sie sich im US-außenpolitischen Erscheinungsbild widerspiegeln.<sup>54</sup> Insofern täte Europa gut daran, alles zu unternehmen, was den in die Isolation geratenen Multilateralisten in den USA Auftrieb geben und alles zu unterlassen, was die US-Unilateralisten und ihre Verbündeten auch in Europa stärken könnte.<sup>55</sup> Tatsächlich verläuft die Trennlinie für die konkurrierenden Weltordnungsmodelle nicht zwischen USA und Europa, auch nicht zwischen den Demokraten und Republikanern in den USA, sondern zwischen Unilateralisten und Multilateralisten in der ganzen Welt. Multilateral ausgerichtete Parteien und zivilgesellschaftliche Kräfte in Europa stehen vor der großen Herausforderung, Wege und Schritte aufzuzeigen, die mittel- und langfristig zu einer humaneren und gerechteren Weltordnung führen. Welche Leitbilder stehen aber für diese Perspektive zur Diskussion und welchen Beitrag haben Europas Multilateralisten dafür zu leisten? Um darauf im Ansatz

<sup>50</sup> Grobe, Karl, 2003: Wider besseres Wissen, in: Frankfurter Rundschau vom 05. Februar 2004.

<sup>51</sup> Frankfurter Rundschau vom 14. Januar 2004.

<sup>52</sup> Beispielsweise Nye, Joseph S., 2003: Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg; Kupchan, Charles A., 2002: The End of American Era, New York: Power, Samantha, 2003: Das Empire der Menschenrechte. Zwischen Macht und Moral: Plädoyer für die Neuorientierung amerikanischer Weltpolitik, in: Frankfurter Rundschau vom 9. August 2003 und vor allem Mann, Michael, 2003: Die ohnmächtige Supermacht, Frankfurt/M.

<sup>53</sup> Soros, Georg, 2004: Die Vorherrschaft der USA - eine Seifenblase, München.

<sup>54</sup> Vgl. Näheres dazu Hippler, Jochen, 2003: Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/2003.

<sup>55</sup> „Wir müssen daran denken“ sagte Horst Eberhard Richter am Antikriegstag bei einer DGB-Veranstaltung in Frankfurt, „dass ohne einen Bewusstseinswandel innerhalb der USA durchgreifende friedenspolitische Fortschritte im Weltmaßstab unerreichbar bleiben.“ (Richter, 2003, Anm. 6).

einige Hypothesen zu formulieren, sollen zunächst im Folgenden die vier Hauptgruppen, die gegenwärtig im Ringen um die Weltordnungsmodelle einander gegenüber stehen, skizziert werden:

## Unilateralisten

Dazu gehören auf politischer Ebene z.B. George W. Bush und Silvio Berlusconi, deren Weltbild stark konservative bis rassistische Züge aufweist, die Menschheit manichäisch ganz im Sinne der Hobbes'schen Welt in Gute und Böse, in Zivilisierte und Barbaren aufteilt, rechtliche Doublestandards befürwortet, das Recht des Stärkeren zum Maßstab des politischen Handelns erhebt und insgesamt die Interessen der reichen Elite dieser Welt vertritt, die sich unter dem US-Hegemonialsystem am sichersten fühlt.<sup>56</sup>

## Empire-Protagonisten

Sie beschreiben das *Empire* als ein Frieden stiftendes Ordnungssystem, das im Grundsatz schon jetzt weltweit auf einer breiten Legitimationsgrundlage stünde und dessen Handlungen einschließlich der Kriege daher keinen Widerspruch zum Völkerrecht darstellten. Zu den wichtigsten Vertretern des *Empires* gehören Michael Hardt und Antonio Negri<sup>57</sup> und der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler.<sup>58</sup> Bei einer kritischen Betrachtung handelt es sich bei diesem Konzept jedoch um eine Konstruktion, die im Wesentlichen durch historische Analogien (z.B. mit dem Römischen Reich) bzw. Extrapolation republikanischer Ordnungsvorstellungen aus der Gründerzeit der Vereinigten Staaten auf die Gegenwart begründet wird. Die Realität von hegemonialpolitischen Interessen, die Triebkräfte und Handlungen, Brüche und Konflikte, wie sie im ersten Teil dieses Beitrages dargelegt sind, werden ignoriert, verharmlost oder *Empire*-konform zurechtgebogen.<sup>59</sup> Ungeachtet der unterschiedlichen Motive seiner Verfechter liefert das *Empire-Modell* eine ideologische Plattform für alle diejenigen, die aus verschiedenen Motivlagen den US-Unilateralismus offen nicht verteidigen, an den Pfründen der globalen Verteilungsstrukturen unter der US-Hegemonie jedoch quasi als Trittbrettfahrer mit partizipieren wollen. Auf dieser Grundlage ließe sich das *Empire-Modell* einerseits positiv und moralisch rechtfertigend auf ein in der chaotischen Welt angeblich Frieden und Freiheit stiftendes Ordnungssystem beziehen, andererseits gleichzeitig das real existierende unilateralistische Hegemonialsystem der USA durch verharmlosende Gleichsetzung mit dem *Empire* für europäische Transatlantiker akzeptanzfähig machen.

## Europa als Militärmacht

Die Befürworter eines militärisch starken Europas sind in der EU, in Deutschland und vor allem in Frankreich zahlreich vertreten. Stellvertretend für sie steht der ehemalige Chirac-Berater und Bestseller-Autor Emmanuel Todd, in dessen multilateraler Weltordnung nur ein emanzipiertes Europa denkbar ist, das durch Erhöhung seiner nuklearen Schlagkraft zu echter strategischer Unabhängigkeit gelangen würde.<sup>60</sup> Derartige Vorstellungen leisten jedoch einem neuen weltweiten Wettrüsten unweigerlich Vorschub. Dabei wird Europa - wie David hinter Goliath - militärisch stets hinter dem nicht einholbaren Vorsprung der USA zurück bleiben, ökonomisch jedoch gleichzeitig verlieren, weil es seine zivilen Strukturen militarisiert und eine Umstrukturierung der eigenen Wirtschaft hin zum expansionistischen amerikanischen Pfad forcieren muss, bei dem die USA auch in Zukunft die Nase vorn haben dürften. Dieser Pfad würde zudem alle Ansätze zum Abbau globaler Ungleichgewichte, Aufbau einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und ökologischem Umbau der

---

<sup>56</sup> Einer der Wortführer dieser Richtung, der die unilateralistische Perspektive am klarsten formuliert und offensiv vertritt, ist der US-Präsidenten-Berater Robert Kagan. Vgl. dazu seine Schrift Kagan, Robert, 2002: „Macht und Schwäche“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/2002.

<sup>57</sup> Vgl. dazu Hardt, Michael/Negri, Antonio, 2002 (Anm. 2).

<sup>58</sup> Münkler, Herfried, 2003 (Anm. 2).

<sup>59</sup> Ausführlichere Kritik vgl. Massarat, 2003 (Anm. 2), Kapitel 1, und derselbe, 2003b: Die Imperative des Imperiums. Über einen erstaunlichen Versuch, die Aggression gegen den Irak politisch und moralisch zu rechtfertigen, in: „Freitag“ vom 21. März 2003.

<sup>60</sup> Todd, Emmanuel, 2003 (Anm. 8), S. 217.

Weltwirtschaft blockieren und die Spaltung in der Welt vertiefen. In diese Falle des US-Hegemonialsystems darf Europa nicht hinein tappen.

## Europa als Zivilmacht

Diese Strömung stellt grundsätzlich in Frage, dass militärische Logik und Perspektive zu mehr Stabilität und friedlichem Zusammenleben der Völker führen kann. Das Verharren im militärischen Denken lässt ohnehin den Trugschluss zu, dass Amerika wegen seines militärischen Vorsprungs alles und Europa nichts ist. Für Europa stünde demnach die Abkehr von der militärischen Logik auf der Tagesordnung, da nur so die Aussicht, dass auch in den Vereinigten Staaten die Legitimation des Militärischen als unzeitgemäß abbröckelt, wirkungsvoll verbessert werden kann. Amerikas gegenwärtige Militärmacht würde in sich zusammenfallen, sobald die Mehrheit der Amerikaner ihr die moralische und politische Legitimation entzieht. Genau in dieser Binsenweisheit liegt für das militärisch schwache Europa die Chance, moralische Macht und Handlungsstärke zu gewinnen.<sup>61</sup> Diese Position wird in Deutschland und Europa durch die Pazifisten vertreten, die sich zwar in der Minderheit befinden, durch die großen, weltweiten Massendemonstrationen am 15. Februar 2003 jedoch neuen Auftrieb erhielten. Auf große Zustimmung stieß der Aufruf von Jürgen Habermas und Jacques Derrida „Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“.<sup>62</sup> Nach Habermas und Derrida „muss Europa sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren.“ Europas Gewicht besteht allerdings in der Stärke seiner Zivilmacht: einerseits bietet „die EU sich schon heute als eine Form des ‘Regierens jenseits des Nationalstaates‘ an, das in der postnationalen Konstellation Schule machen konnte“, andererseits waren auch „europäische Wohlfahrtsregime lange Zeit vorbildlich.“ Europa verfügt über ein beträchtliches moralisches Kapital, das es aus Verlust Erfahrungen (Habermas) in der ersten Hälfte und den Integrationsleistungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schöpft. Das Nein von Schröder und Chirac zu Bushs Irak-Krieg - aus welchen Motiven es auch ausgesprochen wurde - und die überwältigend positiven Reaktionen bei den Kriegsgegnern in den USA selbst, in der arabisch-islamischen und in der Dritten Welt insgesamt haben einen Vorgeschmack davon geliefert, welches moralische Gewicht Europa als treibende Kraft einer gerechteren Weltordnung tatsächlich haben könnte, würde es sich vom selbst auferlegten Schattendasein und der amerikanischen Gängelung lösen und mutig mit nicht-militärischen Konzepten zur Bewältigung von Konflikten wie im Nahen Osten aufwarten.<sup>63</sup>

Habermas und Derrida plädieren vor dem Hintergrund der „historischen Erfahrungen, Traditionen und Errungenschaften“ für „eine attraktive, ja ansteckende ‘Vision‘ für ein künftiges Europa“, das allerdings „nicht vom Himmel fällt“ und eben aus der eigenen Geschichte heraus entwickelt werden muss.<sup>64</sup> Ganz in dieser Perspektive braucht Europa Identität stiftende Projekte, die die Konturen einer auf die Zukunft gerichteten Vision nach innen und außen fühlbar und erlebbar machen. Im Folgenden seien einige an Gegenwartskonflikte angelehnte Bausteine einer von Europa voranzutreibenden multilateralen Weltordnung angeführt.

---

<sup>61</sup> Näheres vgl. Massarrat, Mohssen, 2003c: Friedensmacht Europa. Die neue Ordnung im Nahen und Mittleren Osten nach dem Irak-Krieg, in: Frankfurter Rundschau vom 27. März 2003.

<sup>62</sup> Veröffentlicht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 31. Mai 2003. Vgl. auch Habermas, Jürgen, 2003: Europäische Identität und universalistisches Handeln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7/2003.

<sup>63</sup> Vgl. dazu auch Pradetto, 2003, S. 170.

<sup>64</sup> Habermas und Derrida bleiben, was die konkreten Elemente dieser „Vision“ betrifft, in ihrem Mai-Aufruf allerdings recht unpräzise und begnügen sich mehr oder weniger mit Allgemeinplätzen. Im Interview mit den Blättern für deutsche und internationale Politik (Anm. 54) wird Habermas jedoch konkreter. Die Identität stiftende Perspektive für Europa könne beispielsweise erreicht werden durch „Harmonisierung der verschiedenen sozialpolitischen Regime“, weil damit Umverteilungen verbunden sein werden, die ein gehöriges Maß an Solidarität und „staatsbürgerlichem Zusammengehörigkeitsgefühl ... die nötig ist“ abverlangen.



## Europa als Zivilmacht: Zwischenschritte für eine europäische Alternative

1. Das Desaster im Irak ist für Europa kein Anlass zur Gleichgültigkeit oder gar Häme, sondern eine wichtige Gelegenheit, konstruktive Alternativen einzubringen. Die US-Regierung ist außerstande, sich im Irak von hegemonialpolitischen Interessen zu lösen, deshalb bleibt sie für die Iraker ungläubwürdig und wird dort überwiegend als imperialistische Besatzungsmacht wahrgenommen. Angesichts der wachsenden Verluste von Soldaten ist es nur eine Frage der Zeit, dass die amerikanischen Truppen den Irak verlassen müssen. Jedweder Kompromiss, der den US-Führungsanspruch im Irak legitimiert, verlängert das Leid der Menschen - der Iraker und der Soldaten der US-Armee - und beschädigt die Autorität der UN. Deutschland und Frankreich müssten daher auf die absolute Zuständigkeit der Vereinten Nationen auch als Ordnungsmacht pochen. Für die Herstellung der Sicherheit der Bevölkerung sind nicht Anzahl der Soldaten und effiziente Kommandostrukturen entscheidend, unvergleichbar wirkungsvoller ist dagegen das Vertrauen in die Legitimität der Ordnungsmacht. Diesen Zweck könnte eine durch die UN autorisierte und aus Soldaten einiger islamischer Staaten (wie z.B. Saudi-Arabien, Ägypten, Pakistan und Jordanien) oder alternativ dazu aus neutralen europäischen Staaten (wie Schweden, Norwegen, Österreich) bestehende Ordnungsmacht trotz Inhomogenität und logistischer Ineffizienz viel wirkungsvoller erfüllen. Die Hauptaufgabe dieser Ordnungsmacht bestünde darin, den Irakern so rasch wie möglich durch eine Übergangsregierung, eine verfassungsgebende Versammlung und allgemeine Wahlen ihre Souveränität zurück zu geben. Ein kompromissloses Pochen auf ein derartiges Irak-Konzept wird zwar bei der US-Regierung auf massive Ablehnung stoßen, bei den Amerikanern jedoch - nicht zuletzt auch angesichts der steigenden Zahl toter US-Soldaten und steigender Kriegskosten - aller Wahrscheinlichkeit nach auf große Zustimmung stoßen. Und genau darauf kommt es für die Stärkung der multipolaren Perspektive auch an.

2. Der Irak-Konflikt, der Nahost-Konflikt, der Afghanistan-Konflikt, das iranische Atomwaffenprogramm, der Kurdistan-Konflikt, die unzähligen Kriege, millionenfachen Menschenleben und Zerstörungen in den letzten Jahrzehnten sind Symptome von komplexen Konfliktstrukturen in einer der sensibelsten Regionen der Welt. Nur ein friedenspolitisches Gesamtkonzept für den Großraum Mittlerer und Naher Osten böte die Chance, die Region mittel- und langfristig zu befrieden. Dies erfordert eine ernsthafte Initiative für die Neuaufgabe einer Helsinki-Konferenz mit dem Ziel der Errichtung einer Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (OSZMNO) als regionale Plattform für die Schaffung einer ABM-freien Zone, die dauerhafte Sicherheit Israels, die Gründung eines lebensfähigen Palästinenserstaates und die Regelung von ethno-kulturellen und grenzüberschreitenden Ressourcennutzungskonflikten.<sup>65</sup> Europa hätte durch diese Gesamtperspektive die Gelegenheit, im Nahost-Konflikt endlich zu einer von den US-Interessen unabhängigen Position zu gelangen und die von Habermas und Derrida geforderte Gestaltungsbereitschaft und Kompetenz für eine Frieden stiftende Weltinnenpolitik im Rahmen einer neuen Weltordnung unter Beweis zu stellen.<sup>66</sup>

3. Es ist auch an der Zeit, die OSZE aus dem Schatten der Nato zu lösen und sie zu revitalisieren. Die Nato passt ohnehin weder in Amerikas unilateralistische Ordnung noch in die Architektur einer multipolaren Weltordnung. Kooperative Strukturen sind dagegen tragende Pfeiler einer anderen Welt und stellen die Grundlage für den Beginn einer neu zu

---

<sup>65</sup> Ausführlicher dazu vgl. Massarrat 2003c (Anm. 61).

<sup>66</sup> Der Umgang mit dem aktuellen Problem des iranischen Atomprogramms gehört in den Rahmen eines regionalen Sicherheitskonzepts. Eine selektive Behandlung dieses Problems und einseitige Anwendung der Vorschriften des Atomwaffensperrvertrages auf Nicht-Atomwaffenstaaten beschädigt die Glaubwürdigkeit der EU und lässt sie in den Augen der Iraner als Komplize der USA und Israel erscheinen. Dass sich die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen im Mittleren und Nahen Osten nicht auf den Iran beschränken lässt, belegen die Bestrebungen Saudi-Arabiens, ebenfalls zu Atomwaffen zu gelangen. Vgl. dazu den Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 19. September 2003: „Saudi-Arabien denkt über eigene Atomwaffen nach“.

initiiierenden weltweiten Abrüstung von Massenvernichtungsmitteln dar. „Nach der US-Entscheidung zur Entwicklung von ballistischen Raketenabwehrsystemen ... ist die Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens äußerst real“, konstatiert Joseph Rotblat, Träger des Friedensnobelpreises und Symbolfigur der Pugwash-Bewegung. Die vollständige Abschaffung von Atomwaffen ist, wie Rotblat es in seinem alarmierenden Appell gefordert hat,<sup>67</sup> eine der dringendsten Menschheitsaufgaben und gehört daher auf die Agenda der internationalen Politik. Die wirksamste Methode zur Nichtverbreitung von Atomwaffen ist deren vollständige Abschaffung, zu der sich alle Atomkräfte im nuklearen Nichtverbreitungsvertrag verpflichtet haben. Es ist nicht nur unglaubwürdig und moralisch verwerflich, sondern auch praktisch wirkungslos, wenn Atomstaaten von den Nicht-Atomstaaten die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen verlangen, das eigene Monopol an Atomwaffen jedoch nicht antasten. Europa verfügt weltweit über beste Voraussetzungen, aus Eigeninteresse und auch mit Blick auf eine gerechtere Weltordnung zum Wortführer eines neuen Abrüstungsprozesses zu werden. Mit den bestehenden Atomwaffenarsenalen und asymmetrischen Abhängigkeitsstrukturen auch für Europa wird die Lebensdauer des US-Hegemonialsystems nur noch verlängert. Europas Abrüstungsinitiative bedeutet aber, zunächst bei sich selbst anzufangen, die eigenen Atomwaffen, die ohnehin ihren sicherheitspolitischen Sinn längst verloren haben, einseitig abzurüsten. Dann wären die Politstrategen und der US-Militärindustrielle Komplex an der Reihe, den Amerikanern zu erklären, warum Amerika das Teufelszeug weiterhin benötigt.

4. Eine neue nachhaltige, stabile und multilaterale Weltordnung kann nur durch den Abbau fossiler Abhängigkeitsstrukturen und auf der Basis einer regenerativen Weltenergieordnung entstehen. Dazu müssten - quer durch die bestehenden Blöcke und Regime - strategische Allianzen gebildet werden, in denen die heutigen Öl produzierenden Staaten eine wichtige Position einnehmen, und dadurch für sich auch die Perspektive sehen, Schritt für Schritt aus der fossilen Energieproduktion auszusteigen. Europa kann und muss dabei die Vorreiterrolle spielen. Auch die Vereinigten Staaten werden sich der Perspektive einer erneuerbaren Weltenergieordnung - ist sie einmal eingeleitet und erlebbar geworden - auf Dauer nicht verschließen können. Der Legitimationsdruck auf die Energie- und Klimapolitik der USA wäre um so stärker, würde Europa mit einem Teil der OPEC-Staaten, vor allem mit Iran, Venezuela, Indonesien, Algerien sowie mit Russland und Mexiko, in eine Allianz für eine zukunftsfähige neue Weltenergieordnung eintreten. Diese Allianz ist möglicherweise nötig, um den multilateral ausgerichteten Reformkräften in den USA neuen Auftrieb zu geben und den Blick der Gesellschaft auf ökonomische innen- und außenpolitische Innovationspotentiale des neuen Energiezeitalters zu lenken.<sup>68</sup>

5. Eine multipolare Welt braucht eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Ein System, das die eigene Wohlstandsvermehrung dadurch institutionalisiert, dass es andere daran hindert, ihren Hunger zu stillen, verwirkt seine moralische Legitimation. Europa muss aufhören, die internen Wachstums- und Verteilungsprobleme mittels Handelsbarrieren und Subventionen vor allem im Agrarsektor zu Lasten der schwächsten Glieder in der Hierarchie der Weltwirtschaft, nämlich Hunderte Millionen Menschen in der Dritten Welt, zu bewältigen. Es muss auch in dieser Beziehung eine Vorreiterrolle übernehmen und die eigene friedens- und zivilmachtpolitische Glaubwürdigkeit wirtschafts- und sozialpolitisch untermauern.

Diese oben aufgeführten Initiativen sind einige aktuelle und konkrete Beispiele dafür, den schwierigen politischen Prozess der Ausgestaltung einer multilateralen Weltordnung vorstellbar zu machen. Multilateralisten in Europa und Verfechter einer gerechteren Weltordnung in der ganzen Welt stehen vor der schwierigen, jedoch perspektivreichen Aufgabe, durch eine eigene Gerechtigkeits- und Friedensethik die Herzen von Milliarden Menschen zu gewinnen. Es gilt, die kulturelle Hegemonie der reichen Weltelite, des Militärindustriellen Komplexes, des Unilateralismus und des Neoliberalismus durch die

<sup>67</sup> Rotblat, Joseph, 2003 (Anm. 19).

<sup>68</sup> Vgl. ausführlicher dazu Massarrat, Mohssen, 2003d: Strategische Allianz für den Einstieg in das Zeitalter erneuerbarer Energien, in: Solarzeitalter Nr. 4/2002.



kulturelle Hegemonie des Friedens und der Gerechtigkeit zu überwinden. Die weltweiten Antikriegsdemonstrationen am 15. Februar 2003 waren ein historisch wichtiger Meilenstein auf dem bevorstehenden langen Weg.